

## Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

23. Woche für die Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni 1900.

Posen, den 4. Juni 1900.

### Aus den Blättern der Provinz Posen.

#### Polnische Frauenversammlung.

Donnerstag, den 24. Mai d. J. fand in dem Lambert'schen Gartenjaale eine von mehr als anderthalb Tausend polnischer Frauen besuchte Versammlung statt, in welcher das jetzige Schulsystem, namentlich die Erziehung der Kinder in national-polnischem und katholischem Geiste besprochen werden sollte. In dieser Versammlung sollte ein Protest erhoben werden gegen die angebliche Geringschätzung und Hintansetzung alles dessen, was das polnische Wesen ausmacht, ein Protest gegen die Verdrängung der polnischen Sprache überall dort, wo sie das Recht hat, frei zu ertönen. Ein in allen hiesigen polnischen Blättern veröffentlichter, von folgenden Frauen: Marie v. Czarnicka, Helene v. Jacyńska-Marcinkowa, Marie v. Mielencka-Penskowa, Leotadia v. Mlicka-Ostrowek, Helene v. Niegolewska-Ostrowo, Helene v. Refowska-Zacharzowa, Hedwig v. Trzcińska-Popowo, Helene v. Trzcińska-Ostrowo, Helene Wroblewska-Buf unterzeichneter Aufruf hatte seinen Zweck nicht verfehlt, und auch der Himmelfahrtstag hatte dazu beigetragen, daß der Saal, trotz der hohen Lufttemperatur, bis auf den letzten Platz besetzt war. Um  $\frac{3}{4}$  5 Uhr Nachmittags eröffnete Frau Gutsbesitzer Stanisława Kowalska-Wysocka die in der Mehrzahl von polnischen Bäuerinnen und Handwerkerfrauen besuchte Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in welcher sie namentlich hervorhob, daß, trotzdem König Friedrich Wilhelm III. von Preußen unter dem 20. Dezember 1828 ausdrücklich erklärt habe: „Es war und bleibt Unser ausdrücklicher Wille, daß die polnische Sprache, als werthgeschätztes Eigenthum unserer polnischen Einwohner des Großherzogthums Posen, von allen Unseren Behörden geschützt werde,“ diese Sprache später immer weniger beachtet und gepflegt worden sei, bis es jetzt beinahe soweit gekommen sei, daß sie fast gänzlich aus der Schule vertrieben und daß selbst der Religionsunterricht den Kindern in einer ihnen unverständlichen Sprache erteilt werde. Das Kind sei wie das Wachs, aus dem man Kunstwerke bilden oder aber es auch verderben könne. Die Schule sei aber heutzutage kein guter Bildhauer, denn sie könne aus einem den Unterricht nicht verstehenden und begreifenden Kinde kein seinen Vorfahren ähnliches Bild formen; die Mütter dagegen seien vielfach nicht in der Lage, ein tüchtiges und tugendhaftes Geschlecht zu erziehen. Die polnischen

Mütter müßten sich daher zusammenthun und darüber berathen, wie dem Uebel abzuhelpen sei. In würdiger Erkenntniß der ernsten Lage hätten die Großpolinnen, ohne Unterschied des Standes, diese Versammlung einberufen und gäben sich der Hoffnung hin, daß sie dessen eingedenk sein würden, was sie sich, der Familie und dem Vaterlande schuldeten. Hierauf wurde zur Ehrenvorsitzenden Frau Gräfin Kwilecka, geb. v. Niegolewska, ernannt und zu Beisitzerinnen die Frauen: v. Wycielska-Punitz, Marweg-Schildberg, v. Komierowska-Niezuchowo, Kupezyk-Neutomişel, v. Grabzka-Kunowo, v. Mieczkowska-Dobieszewitz, v. Potworowska-Bozejewitz, Aniola-Lassek, Plotkowiak-Kotowo, Grabowska-Kempa, Muth-Dembien, Clementine Grunieczynska u. A. berufen. Die Frauen Dziorobek und Sophie Stark übernahmen das Amt der Schriftführerinnen.

Die von der Frau Kowalska verlesene Tagesordnung lautete folgendermaßen: 1. Eröffnung der Versammlung, 2. Konstituierung des Bureaus, 3. Vorträge, 4. Vorlage einer Witschrift an das Abgeordnetenhaus, 5. Beschluß, 6. Gründung eines Hilfsbureaus. Da die Versammelten gegen diese Tagesordnung nichts einzuwenden hatten, ertheilte die Einberuferin der Versammlung, Frau Kowalska, der Frau Dr. Stasinska-Posen das Wort. Ihr Thema lautete: „Einige Worte über unsere gegenwärtige Lage.“ Rednerin führte etwa Folgendes aus:

Fallen könnte ein edles Volk, untergehen aber nur ein verkommenes! Die Weltgeschichte lehrte ja, daß große Nationen untergegangen seien, und daß auf ihren Trümmern neue Völker erstanden und erblüht seien. Vor vielen Jahrhunderten, zur Zeit der Völkerwanderung, habe sich auf dem weiten Gebiete, zwischen der Elbe und dem Dniestr, zwischen der Ostsee und den Karpathen ein großer Slavenstamm niedergelassen, unter welchem den Polen die Hauptrolle zugefallen sei. Dieselben hätten ein friedliches Leben geführt, ihre Hauptbeschäftigung sei Ackerbau und Viehzucht gewesen und nur gezwungen griffen sie zum Schwert. Und den noch habe man das Land in Stücke gerissen und es seiner politischen Freiheit beraubt. Ein Volk jedoch, welches so große Helden und Schriftsteller wie Sobieski, Kosciuszko, Skarga, Kochanowski, Mickiewicz u. A. aufzuweisen habe, ein Land, das in diesem Jahre das 500jährige Jubiläum der Gründung der Jagiellonischen Universität in Krakau begehe, lasse sich nicht so leicht aus dem Gedächtniß verwischen, es lebe weiter, denn fallen könnte zwar ein edles Volk, untergehen aber nur ein elendes. Da das polnische Volk ein edles sei, so werde es niemals die nationale Ehre und das nationale Selbstbewußtsein einbüßen. Niemand



in der Welt könnte das polnische Volk ein elendes Volk nennen. Die Charakterstärke und das Nationalbewußtsein der Polen kennend, habe die Regierung zu Gewaltmaßregeln gegriffen, um das Letztere zu schwächen und die Polen allmählich zu verdeutschten. Ausnahmen kämen ja, wie bei anderen Nationen so auch hier vor, Abtrünnige gäbe es überall, doch ein festes Bollwerk gegen jegliche Germanisierungsversuche bilde der polnische Bauer. Schon in früheren Jahrhunderten hätten fremde Sprachen, namentlich die französische, beinahe die polnische Sprache verdrängt, der polnische Adel habe sich mit Vorliebe des Französischen bedient, doch niemals sei eine fremde Sprache in die polnische Hütte eingedrungen. Sie, die Rednerin, vertraue deshalb auf Gott und hoffe, daß er ihnen, den Polen, ihren theuersten Schatz, die polnische Sprache, erhalten werde. Die Polen müßten sich nur Mühe geben und in Volksliedern und Gedichten und überall die polnische Sprache pflegen und beschützen. Wer die polnische Sprache vernachlässige, dem sei auch das Vaterland gleichgültig. Wer im Auslande Geld vergende, wer den heimathlichen Grund und Boden an Fremde veräußere, der sei des polnischen Namens nicht würdig. (Lebhaftes Bravo.)

Die folgende Rednerin war die Frau Dr. Erzepki. Es sei nicht leicht, den Kindern den Anfangsunterricht zu erteilen, wie viel schwieriger liege da die Sache bei den polnischen Kindern. Der sogenannte Anschauungsunterricht nütze ebenfalls nicht viel, da er nicht in der Muttersprache der Kinder erteilt würde. Man könne nicht Unverständliches mit Unverständlichem erklären. Dies sei eine falsche Unterrichtsmethode, das sei eine Karrikatur, und man müsse sich wundern, daß so etwas im XX. Jahrhundert noch vorhanden sein könne. Die Lehrer wälzten zwar die Schuld auf die Eltern, indem sie erklärten, sie sprächen mit ihren Kindern zu Hause polnisch und erwärteten ihnen deshalb den Unterricht. Diesen Vorwurf wiesen sie mit Entrüstung zurück, da es doch wohl ein unnatürliches Verlangen sei, daß sie mit ihren Kindern zu Hause anders als polnisch sprechen sollten. Die Polen wollten Alle ohne Ausnahme deutsch lernen, jedoch mit Zuhilfenahme der polnischen Sprache. Am schmerzlichsten sei jedoch der Umstand, daß den Kindern der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werde, in einer Sprache, die sie nicht verstanden, also auch nicht empfinden könnten. Hier käme das Verhältniß des Menschen zu seinem Schöpfer in Betracht, hier handele es sich um die Sprache des Herzens und diese könnte doch keine fremde sein. Es sei zu beklagen, daß man den Religionsunterricht als Hilfsmittel der Germanisierung benutze. Im Interesse des Staates selbst liege es, daß die Religion, daß der Katechismus den Kindern in deren Muttersprache erteilt werde, denn ohne Katechismus lieferten sie nur Material für die Sozialdemokratie. Da der Staat dies nicht einsehen wolle, so müßten sie, die polnischen Mütter, die religiöse Erziehung ihrer Kinder in die Hand nehmen und ihnen die Glaubensartikel in der ihnen verständlichen polnischen Sprache beibringen; dies könnte ihnen keine Behörde verbieten.

Die dritte Rednerin, Frä. J. Dmankowska, sprach über die polnische Sprache in den Elementarschulen. Sie hob hervor, daß die am 19. März v. J. abgehaltene ähnliche Versammlung nicht den erhofften Erfolg gehabt habe, die polnischen Frauen müßten daher von Neuem anklopfen und so lange bitten, bis man ihre gerechten Forderungen erhöhe. Schon ihre Großmütter in früheren Jahrhunderten hätten den Spinnrocken bei Seite geworfen und sogar zum Schwert gegriffen, wenn das Vaterland in Gefahr gewesen sei. Das Vaterland sei jetzt in Gefahr, und

wenn die polnischen Mütter auch nicht zum Schwerte griffen, so wollten sie doch wenigstens gegen das Unrecht, welches ihren Kindern jetzt in der Schule geschehe, Protest erheben. Man nenne zwar heutzutage Alles gleich großpolnische Agitation, was doch weiter nichts sei als die Wahrung des eigenen berechtigten Interesses. Man verlange von den Polen, sie sollten nicht schreien, wenn man sie stark am Ohre ziehe. Es schmerze alle polnischen Mütter, wenn ihre Kinder in der Schule keinen polnischen Unterricht hätten, wenn nicht einmal der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt würde, es sei unerklärlich, weshalb den Schullektoren und Schulinpektoren das Recht zustehe, über die Nationalität der Kinder Entscheidung zu treffen, während doch dieses Recht allein den Eltern und Vormündern zustehe. Auch die Ertheilung des polnischen unentgeltlichen Sprachunterrichts sei verboten. Rednerin bemerkt, daß sie in einer Stadt an einer Tafel das Verbot gelesen habe: „Das Verabfolgen von Almosen ist verboten.“ Sie habe sich damals darüber gewundert, wie man ein christliches Werk, ein Werk der Nächstenliebe verbieten könne. Jetzt habe sie an ihrer eigenen Person erfahren müssen, daß gute Werke zu thun nicht gestattet sei, denn sie habe unentgeltlichen polnischen Sprachunterricht erteilt und sei dafür von der Polizeibehörde in 100 M. Strafe genommen worden. Beschwerden bei der Regierung nützten nichts, die Bittstellerinnen würden ohne Angabe irgend einer gesetzlichen Bestimmung, irgend eines Paragraphen abgewiesen, es würde nur einfach gesagt, „wir sind nicht in der Lage, Ihre Beschwerde zu berücksichtigen“ und damit sei die Sache abgemacht. Die Deutschen hätten ein Sprichwort, nämlich „Allzu scharf macht scharf“ und dieses Sprichwort könne man auch bei der jetzigen Behandlung der Polen anwenden. Die Polen wollten nichts Ungeheuerliches, nichts Unerlaubtes, sie verlangten nur Dasjenige, was ihnen selbst preussische Könige versprochen hätten. Friedrich Wilhelm III. sagte zu den Polen: „Auch Ihr habet ein Vaterland, auch Ihr solltet Eure Sprache und Rechte behalten“ und weshalb halte man heute nicht diese Versprechungen? Rednerin wendet sich zum Schluß an die Versammelten und bittet sie dringend, sich ihrer Kinder anzunehmen, sie polnisch lesen und schreiben zu lehren und nicht zu verzweifeln. Obwohl das Vaterland zerstückelt sei, so wollten sie es doch lieb haben, jede Mutter liebe ja um so inniger ihre Kinder, je unglücklicher sie seien. Vor Kurzem sei von Allerhöchster Stelle das Wort „vaterlandslose Gesellen“ gefallen, die Polen würden niemals eine solche Verachtung verdienen, denn sie liebten ihr Vaterland über Alles.

Als vierte Rednerin trat eine Handwerkerfrau, Dzieduchowicz, auf, welche sich u. A. dahin äußerte, daß Gott der Frau die Beforgung des Hauses und die Pflege des Familienlebens in die Hand gelegt habe. Dies hätten schon die alten Heiden gewußt, denn sie hätten nicht den Männern, sondern den Frauen die Erhaltung des heiligen Feuers übertragen. In der jetzigen Zeit sei der polnische Sprachunterricht das heilige Feuer, welches die polnischen Mütter nicht ausgehen lassen dürften. Einer schweren Verantwortung machte sich jede Mutter schuldig, die nur einen Funken dieses ewigen Feuers verlöschen ließe. Die Vaterlandsliebe der Polinnen sei bekannt gewesen. Sophie Chrzanowska habe unter Johann III. das Schloß Trembowla durch ihren Heldennuth gerettet. Heute möge jede polnische Mutter eine Chrzanowska sein, denn jedes polnische Haus stelle eine Trembowla vor. „Wir sind Polen und Polinnen“, so schloß die Rednerin, „deshalb wollen wir die Fahne unserer Väter muthig hochhalten. Preisen wir Gott



in unserer Muttersprache und das künftige Geschlecht wird uns dafür segnen."

Die nächste Rednerin war eine Frau Luczak, welche den Erschienenen zur Hauptpflicht machte, daß sie ihren Kindern polnisches Lesen und Schreiben beibrächten. Die Polinnen seien zwar sanftmüthig und gut, doch wenn sie gereizt würden und es sich ernstlich vornähmen, so würden sie sogar mit den Maßnahmen der Kreisschulinspektoren fertig werden. Am schlimmsten sei die Sache mit dem Religionsunterricht, welcher den Kindern in ihrer Muttersprache erteilt werden solle, was aber meistens nicht der Fall sei. Der in einer fremden Sprache erteilte Religionsunterricht verfehlte jedoch vollständig seinen Zweck. Das Kind lerne nur auswendig, denn es fürchtete sich vor der Rute des Lehrers, auf das sittliche Verhalten des Kindes hätte ein solcher Unterricht keinen Einfluß. Die polnischen Mütter wünschten jedoch nicht, daß ihre Kinder ein Raub der Hölle würden, sie verlangten daher, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache der Kinder erteilt werde. Sie selbst aber, die Mütter, müßten den Kindern das Vaterunser, die kirchlichen Lieder und den Katechismus in polnischer Sprache beibringen, denn nur dann würden sie ihn verstehen und nur dann würde er ihre Herzen durchdringen.

In ähnlichem Sinne brachte auch die letzte Rednerin, eine Zimmermannsfrau Mager aus Passet ihre Gefühle und Wünsche zum Ausdruck. Nicht nur die Mütter aus dem Adelsstande und aus den Kreisen der Intelligenz entrüsteten sich gegen das jetzige Schulsystem, auch sie, die Frauen aus dem Arbeiter- und Mittelstande fühlten gleich ihnen das Unrecht, welches ihren Kindern in der Schule zugefügt würde. Jetzt, wo die Behörden nicht einmal die Ertheilung des polnischen Privat-Sprachunterrichts gestatteten, müßte jede polnische Mutter dafür sorgen, daß den Kindern im elterlichen Hause das eingepaukt würde, was eigentlich die Pflicht der Schule wäre, was sie jedoch zu thun sich weigerte. Ihre Ausführungen schloß Rednerin mit der Erklärung, daß die Polinnen von der Regierung nichts weiter forderten, als die Befolgung des Grundsatzes: „Was du nicht willst, daß man dir thu“, das füge auch keinem Anderen zu.“ Damit war die Anzahl der Reden zu Ende.

Die Vorsitzende ergriff nun noch einmal das Wort und erklärte: „Da wir es für unsere Pflicht erachten, alle gesetzlichen Mittel zum Schutze unserer Kinder zu erschöpfen, schlagen wir die Absendung einer Bittschrift aller Mütter unseres Landesheils an das Abgeordnetenhaus vor.“ Die Schriftführerin der Versammlung, Frau Kaufmann Sophie Stark-Posen las hierauf folgende Bittschrift vor: „In der Provinz Posen, welche von polnischer und deutscher Bevölkerung bewohnt wird, hat der Herr Minister Basse den obligatorischen polnischen Sprachunterricht in sämtlichen Volksschulen aufgehoben. Er ließ ihn nur in zwei Abtheilungen der Mittelstufe aus dem Grunde, um den den Konfirmanden-Unterricht besuchenden Kindern die Erlernung der Glaubensartikel aus dem Katechismus zu ermöglichen. In den meisten Schulen wird den polnischen Kindern der Religionsunterricht von der untersten Stufe an in deutscher Sprache erteilt. Nur in einzelnen Schulen wird der Religionsunterricht in den Unterstufen polnisch und in den Oberstufen insoweit, als die Schulbehörden die Schüler in der deutschen Sprache genügend vorge schritten erachten, deutsch erteilt. Außerdem erlauben sich die Schulbehörden, jeglichem Naturrecht zuwider, darüber Bestimmung zu treffen, welche Sprache als die Muttersprache der Kinder zu betrachten sei und nur allzuoft kommen Fälle vor, daß sie polnische Kinder willkürlich und gegen den Willen der Eltern deutschen Abtheilungen überweisen und sie

zwingen, den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu erhalten, obwohl diese Kinder garnicht oder doch nur sehr wenig deutsch verstehen. Alle diese Kinder, welche den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhalten, sind schon dadurch allein von dem, sei es auch nur fakultativen polnischen Sprachunterricht ausgeschlossen. Alle diese angeführten Gründe bewirken, daß die Schule den Kindern eine religiöse Erziehung nicht giebt; denn der in der Muttersprache erteilte Religionsunterricht, ohne Kenntniß des Lesens in dieser Sprache, ist unzureichend, der in der fremden, nicht in der Muttersprache erteilte verfehlt aber geradezu den Zweck, denn er dient nicht zur Veredelung des Herzens und der Seele, sondern nur zu sprachlichen Uebungen. Den Staaten und Regierungen ist es gestattet, sich die immer mehr um sich greifende Verwilderung der Sitten und die immer größer werdende Verderbniß ruhig anzusehen, den Müttern aber ist dies nicht erlaubt. Wir Mütter fühlen uns vor Gott für unsere Kinder verantwortlich und deshalb bemächtigt sich unserer Herzen die tiefste Erbitterung, wenn sogar der polnische Privatsprachunterricht durch die Schulbehörden verboten wird. Leider waren alle unsere Bitten und Gesuche an den Herrn Minister, seien es kollektive oder die einzelner Personen erfolglos. In letzter Zeit wurden alle die oben erwähnten Maßnahmen in Bezug auf den polnischen Sprachunterricht auch in den privaten, von der Regierung konzeSSIONIRten, aber aus Privatmitteln unterhaltenen Mädchenschulen zur Anwendung gebracht.

Wir unterzeichneten Mütter des Großherzogthums Posen wenden uns deshalb in unserer Verzweiflung an den hohen preussischen Landtag mit der großen Bitte, der hohe Landtag möge bei dem Herrn Kultusminister auswirken:

1. daß der Religionsunterricht in allen Klassen sämtlicher Volksschulen in der Muttersprache der Kinder erteilt werde;
2. daß darüber, welche Sprache als die Muttersprache der Kinder zu betrachten sei, einzig und allein die Eltern entscheiden, weil dies ihr heiliges, natürliches Recht sei;
3. daß die Kinder polnischer Nationalität in allen Volksschulen, schon von der Unterstufe an, wenigstens durch vier Jahre zwei Stunden wöchentlich in ihrer Muttersprache unterrichtet werden und daß dieser Unterricht nicht nur ein fakultativer, sondern ein obligatorischer sei;
4. daß in den, ausschließlich von den Eltern unterhaltenen Privatschulen der polnische Sprachunterricht in allen Klassen ohne Ausnahme wieder eingeführt werde;
5. daß die königlichen Regierungen einzelnen Personen die Ertheilung des unentgeltlichen polnischen Sprachunterrichts nicht durch die Polizeibehörden verbieten möchten."

Die von der Vorsitzenden an die Versammlung gerichtete Frage, ob sie sich mit der Bittschrift einverstanden erkläre und deren Absendung an das Abgeordnetenhaus wünsche, wurde einstimmig bejaht.

Zum Schluß verlas die Schriftführerin folgende Resolution:

„In Erwägung, daß nur der in der Muttersprache erteilte Religionsunterricht das Kind sittlich macht;

in Erwägung, daß unsere Kinder nicht so viel polnisch in der Schule lernen, um von dem polnischen Katechismus Gebrauch machen zu können, in Folge dessen der Verwilderung anheimfallen;



in Erwägung, daß für das Seelenheil des Kindes vor Gott die Mutter verantwortlich ist und daß es unsere Pflicht als Mutter ist, dem Kinde die Religion und die Muttersprache zu erhalten;

in Erwägung, daß Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit in Sachen der Religion und der Muttersprache uns Schande machen und geradezu Aergerniß erregend sind,

geloben wir in der heutigen Versammlung hier anwesenden Mütter,

1. unsere Kinder auf Grund des natürlichen Gesetzes mit allen unseren Kräften vor der ihnen drohenden Verwilderung zu schützen;

2. bei dieser Beschützung uns wie Schwestern gegenseitig zu helfen und zu unterstützen.

Die in der Versammlung am 24. Mai 1900 in Posen erschienenen Mütter.

Unter lautem Beifall wurde auch der vorstehende Beschluß einstimmig angenommen.

Ein junges Mädchen trat noch auf die Estrade und erklärte vor der versammelten Volksmenge, daß auch die unverheiratheten Polinnen sich dieser Resolution anschließen.

Zum Schluß wurde noch von Frau Erzepi den Versammelten die Eröffnung gemacht, daß sich in den Räumen des Frauen-Bezirks, Wienerstraße Nr. 10 hiersebst, ein Hilfsbureau gebildet habe, welches den polnischen Müttern mit Rath und That beistehen und sie in Fragen des polnischen Sprachunterrichts und der Religionsertheilung unterstützen werde. Jede Auskunft werde dort unentgeltlich ertheilt, auch Eingaben an die Schulbehörden auf Wunsch angefertigt. Hierauf schloß die Vorsitzende die Versammlung mit den Worten: „Thun wir unsere Pflicht und wir werden das Mögliche erreichen“. An den Ausgängen wurden polnische Lesefibeln vertheilt.

Die Versammlung dauerte, da eine Besprechung der gehaltenen Reden ausgeschlossen war, nur zwei Stunden und hatte einen ruhigen Verlauf.

Portasiewicz,  
Agl. Polizei-Inspektor.

Aus Nr. 119 des Goniec Wielkopolski  
vom 26. Mai 1900:

### **Betrifft die polnische Frauenversammlung.**

Posen, den 24. Mai.

Wir wollen die Tragweite einer solchen Versammlung, in derartiger Sichtung und Zählung der weiblichen Kräfte, wie sie uns in der Donnerstagversammlung vorgeführt wurden, nicht überschätzen, jedenfalls sehen wir aber in dem gemeinschaftlichen Vorgehen sehr viele positive Momente, von denen wir hier einige anführen wollen.

Unter dem Sturm, welcher sich in Gestalt des Hafatismus und des antipolnischen und haßerfüllten Chauvinismus über unseren Häuptern zusammenzieht, haben die Polinnen gestern eine Seelenstärke bewiesen, die willige und energische neue Kräfte zur gegenseitigen Verteidigung in den Dienst der Nation stellt, sie bewiesen eine Herzensbegeisterung, die im Stande sein wird, viele leider gleichgültige und selbstsüchtige Personen zu einer umfangreicheren sozialen Mitarbeit anzuspornen. Denn das Beispiel tüchtiger Frauen besänftigt Manchen und treibt ihn zur Arbeit an, der Einfluß edler Frauen schützt ihn vor Verkommenheit. Diese gestrige Ueberschau unserer weiblichen Kräfte erfüllte uns gerade mit der Zuversicht, daß es unter unseren Polinnen eine große

Anzahl solcher Musterfrauen giebt und daß die Möglichkeit, einen wohlthuenenden Einfluß auszuüben, groß ist. Außerdem war die gestrige „Revue“ der weiblichen Kräfte eine glänzende Verneinung der Phantasieen unserer Feinde. Wohin wir auch schauen, sehen wir, wie dem polnischen Volke Unrecht gethan wird, wie es hintangesetzt wird, wenn wir uns aber sein Wesen betrachten, sehen wir, wie gering die Verwüstung ist, die in dem Herzen der Nation angerichtet wurde! Unsere Frauenversammlung war eine lebendige Bestätigung dessen. Dies ist aber nicht Alles! Die gestrige Versammlung der großpolnischen Frauen hat gleichzeitig eine innere soziale Bedeutung. Sie bedeutet für uns eine neue schöne und gesunde Frucht des Gedankens der Versammlung vom 3. Mai, jener Idee, die durch die Aufopferung eines Standes die ganze Nation erkaufen und erlösen sollte, jener Idee, deren Glanz die fremde Uebermacht verdunkeln wollte, die aber unserm Geschlecht bis auf den heutigen Tag voranleuchtet! Unsere Frauen, Mütter und Schwestern reichen sich, ohne Unterschied des Alters und des Standes, gegenseitig die Hand, adlige Frauen, Städterinnen und Bäuerinnen thun sich zusammen, um die Sünden der Vergangenheit, die wie ein Fluch auf unserm Dasein lasten, zu tilgen.

Polnische Mütter und Schwestern! laßet die Schwesterhand nicht los, mögen sich aus Euren Händen unzerstörbare Glieder bilden, möge aus ihnen, in den Flammen der Vaterlandsliebe gestählt, eine Kette entstehen, die alle Familien umschließend, sie vor dem Eindringen fremder Sitten und Gebräuche schützt.

Ueber eintausend Großpolinnen haben sich gestern versammelt, um die treue Beschirmung des häuslichen Heerdes mit ihrem Eide zu bekräftigen, eine Million möge diesen heiligen Pflichten wiederholen.

Aus Nr. 120 des Oredownik  
vom 27. Mai 1900:

### **Die Bittschrift.**

welche in der Frauenversammlung am Donnerstag beschlossen worden ist, wird zur Unterschrift im „Katholikenhause“ ausgelegt und in zahlreichen Exemplaren in die Provinz versandt werden.

Es wird darin von der Regierung die Wiedereinführung der polnischen Unterrichtssprache beim Religionsunterricht für alle Klassen der Volksschulen verlangt.

Die Petition ist bündig und klar abgefaßt. Wir regen Alle in Stadt und Provinz an, sie zu unterschreiben. Wir wiederholen, daß wir dieser Bittschrift absolut keine Bedeutung beimessen, ja, wir erachten das allgemeine Petitioniren in Sachen des polnischen Sprachunterrichts für einen veralteten Standpunkt. Eine Volksgejamtheit, welche 25 Jahre hindurch in einer und derselben Angelegenheit petitionirt und die Erfahrung macht, daß die Sache sich nicht bessert, noch lindert, sondern sich im Gegentheil verschlimmert und verschärft, hat, wie wir vor Kurzem dargethan haben, die Pflicht, der Regierung zu zeigen, daß sie sich schließlich die Muttersprache sichert, ohne die Gunst, ja sogar ungeachtet der Ungunst der Regierung.

Eine solche politische Berechnung ist unerläßlich, denn gerade sie legt der Gesamtheit die Nothwendigkeit der Selbsthilfe dar. Das Frauenkomitee, welches die Volksversammlung veranstaltet hat, hatte



augenscheinlich bestimmte taktische Gründe, als es der Versammlung die Petition empfahl. Wir gedenken auch durchaus nicht, mit dem Komitee dieserhalb zu rechnen und empfehlen das Unterzeichnen der Petition als gutes Agitationsmittel.

Mögen die Damen im ganzen Großherzogthum Petitionsformulare in Umlauf setzen; mögen sie allen klar machen, um was es sich handelt; mögen sie zum Unterzeichnen anregen; mögen sie aber gleichzeitig die Mütter auffordern, Fabeln zu kaufen und mögen sie alle Frauen mahnen, den Kindern beim Erlernen des polnischen Lesens aus Fabel oder Gebetbuch beizustehen.

Aus Nr. 120 des Postep  
vom 27. Mai 1900:

### Ein räthselhaftes Ereigniß.

Wir erhielten folgendes Schreiben:

Budewitz, den 23. Mai.

Im vorigen Jahre, also im Jahre 1899, machte die Hedwig Zerbian, 15 Jahre alt, evangelisch, hier in Budewitz geboren, Tochter armer aber braver Eltern, von hübschem und angenehmen Aussehen, Bedienung bei einem Juden, ebenfalls hier in Budewitz; an welchem Tage das war, weiß sie nicht mehr anzugeben, doch war es, wie sie selbst angiebt, im Winter, also vor Ostern. Der Zufall fügte es, daß sie sich mit einer Gabel den Finger verletzte, was eine starke Blutung zur Folge hatte. Dies bemerkte die Frau des Juden, befahl ihr, das Blut nicht zu stillen, holte schnell eine Tasse und hielt sie unter den verletzten Finger, damit auch nicht ein Tropfen von dem Blute verloren gehe. Als das Blut zu fließen aufhörte, goß sie es sorgfältig aus der Tasse in ein Fläschchen, korkte dieses zu und trug es in den Keller. Wozu sie es verwenden wollte, ist nicht bekannt geworden. Möge sie darüber Auskunft geben. Dies ist Alles, was wir mit unseren Ohren von dem Mädchen selbst gehört haben.

T. Kusnierkiewicz.

J. Sniadecki.

Aus Nr. 117 des Lech  
vom 24. Mai 1900:

Osielsk bei Bromberg, den 21. Mai 1900.

Nach vielen Bemühungen und Hindernissen, welche uns von unseren Busenfreunden bereitet wurden, wurde gestern (am 20. d. Mts.) ein polnischer katholischer Volksverein für Osielsk und Umgegend begründet. Wie sehr das hiesige Volk einen solchen Verein herbeiwünschte, dafür zeugt der Umstand, daß sich trotz des strömenden Regens eine so ungeheure Menge von unseren Glaubensgenossen eingefunden hat, daß die ziemlich geräumige Wohnung des Wirths Theophil Luczkowski uns nicht alle zu fassen vermochte. Viele blieben trotz des Regens unter den Fenstern stehen.

Stanislaus Tomaszewski eröffnete die Versammlung mit dem katholischen Gruß und that in einer länger als einstündigen Rede den Zweck der Versammlung dar, wobei er eine genaue Uebersicht über unsere allgemeine Lage gab und uns bat, wir möchten die Verfolgungen und das uns zugefügte Unrecht nicht scheuen, sondern, indem wir uns zusammen schaarten und gemeinschaftlich für die Aufklärung und Verbesserung unserer Lage sorgten, stolz

darauf sein, Polen zu heißen. Er trat sodann energisch gegen die sich immer mehr verbreitende Trunksucht auf und ermahnte die anwesenden Mütter sie möchten ihre Kinder im Glauben ihrer Vorfahren erziehen und sie polnisch lesen und schreiben lehren. Schließlich las er die Statuten des neu zu begründenden Vereins vor und forderte die Versammelten auf, möglichst zahlreich dem Verein beizutreten.

Nachdem diesem 74 Bauern als Mitglieder beigetreten waren, wurde Johann Jarembski aus Osielsk zum Vorsitzenden, Kasimir Tuleja zu dessen Stellvertreter, Robert Barylski zum Schriftführer, Paul Nowinski zu dessen Stellvertreter, Stanislaus Luczkowski zum Schatzmeister, Franz Grabowski aus Nitwe, Mathias Krakowski aus Grochol, P. Koszutski aus Niemce und Wladislaus Tuleja aus Osielsk zu Beisitzern gewählt.

Nachdem der Vorstand gebildet worden war stimmte man dankerfüllt und voll Hingabe das Lied „Wer sich in den Schutz Gottes begiebt“ („Kto się w opieke“) an, und endlich wurde auf das Wohl des Königs der Könige, den uns gnädigst beherrschenden Papst Leo XIII. ein dreifaches Hoch ausgebracht.

Barylski ergriff hierauf für den neu begründeten Verein das Wort, er dankte im Namen desselben Herrn Stanislaus Thomaszewski für seine Bemühungen und Arbeiten um die Aufklärung unseres polnischen Volkes in unserer Gegend und brachte ein Hoch aus, in welches die Versammelten aus voller Brust dreimal einstimmten.

Es ist zu wünschen, daß sich der neue Verein zum Ruhme Gottes und zu unserm allgemeinen Wohl entwickeln möge, schon deshalb, weil die neue polnische Parochie Osielsk zwei Pfarrer besitzt, welche leider Beide die polnische Sprache nur sehr schlecht beherrschen.

Robert Barylski aus Jordon.

Aus Nr. 118 der Wielkopolanin  
vom 24. Mai 1900:

### Betrifft die Beseitigung der polnischen Sprache in der Schule.

Aus Gründorf, im Kreise Rawitsch, wird uns Folgendes geschrieben:

„Unser Lehrer, Herr Schmidt, fing vor einigen Wochen an, den polnischen Kindern den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu ertheilen. Die Kinder lernten nur so viel, daß, als sie zum Pfarrer in den Konfirmandenunterricht kamen, nur zwei von ihnen sagen konnten, wer Gott sei. Und diese Kinder wußten dies von ihren Eltern und nicht von dem Lehrer. Im Uebrigen sind unsere Kinder stumpfsinnig, sie verstehen weder polnisch noch deutsch. Dieser Schmidt erzählte den Leuten in der Gemeinde, daß er 150 Mark Strafe dafür habe bezahlen müssen, daß er so spät angefangen habe, den Kindern deutschen Sprachunterricht zu ertheilen. Unsere Bauernfrauen erklärten sich bereit, die Strafe für ihn zu bezahlen. — Ist eine solche Strafe möglich?“

Dies ist ein neuer Beweis dafür, wie man überall bestrebt ist, die polnische Sprache in der Schule zu beseitigen. Interessant ist die Erklärung des Lehrers Schmidt, daß er 150 Mark habe dafür zahlen müssen, daß er zu spät mit der Ertheilung des deutschen Unterrichts begonnen habe. Wir wissen zwar recht gut, daß in solchen Fällen die Lehrer gewöhnlich die geringste Schuld trifft, denn auf sie wird ein ungeheurer Druck von Oben ausgeübt, doch



noch niemals haben wir etwas davon gehört, daß man die Lehrer mit Geldstrafen zwingt, den ministeriellen Bestimmungen entgegen zu verfahren.

Die Familienväter in Gründorf müßten sofort eine Versammlung einberufen und gegen die Ertheilung des Religionsunterrichts an polnische Kinder in deutscher Sprache Widerspruch erheben.

Aus Nr. 119 des Lech  
vom 27. Mai 1900:

### Die Schulverhältnisse in Gnesen.

Die Regierung selbst gelangt zu der Uebersetzung, daß die Zustände in der hiesigen katholischen Schule unhaltbar sind, und daß wir Katholiken nicht mehr im Stande sind, noch mehr für die Schule zu zahlen. Die Regierung stellte deshalb bei der Stadtverwaltung den Antrag, daß die Stadt ihrerseits 35 000 Mark für den Bau neuer Schulkalitäten hergebe, und die Regierung selbst hat zugesagt, ebenfalls 35 000 Mark zuzuschießen. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag verworfen, weil die jüdischen und deutschen Stadtverordneten keine Lust haben, für die katholische Schule zu zahlen. Wir hoffen, daß die Regierung nun allein die erforderlichen 70 000 Mark hergeben und uns vor weiteren Steuern befreien wird. Wir Polen haben in der hiesigen katholischen Schule 2300 Kinder und erkennen an, daß weder die Lokalitäten, noch die Zahl der Lehrer ausreichend ist. Wenn jedoch die Regierung das Gesetz über den Zwangsunterricht der Kinder an den Schulen herausgegeben hat, dann mag sie auch die Ausführung dieses Gesetzes ermöglichen und aus ihrer Schatulle die Schulkosten bestreiten. Die katholische Schulgemeinde in Gnesen ist zu arm, um eine Schule für 2300 Kinder zu unterhalten. Die Deutschen haben nur 500 und die Juden gar nur 30 Kinder in ihren Volksschulen! Wir geben dem Schulvorstand zu überlegen, ob es nicht angebracht wäre, eine Petition an den Minister ergehen zu lassen, damit er die katholische Bevölkerung von den ungeheuren Schulabgaben befreie.

Aus Nr. 118 des Dziennik Kujawski  
vom 26. Mai 1900:

P o s e n .

### Eine reiche Spende.

Der durch seine Großmuthigkeit bekannte Erasmus Ferzmanowski aus Prokocim bei Krakau hat dem Ausschuss für Ferienkolonien des Vereins „Stella“ für den Ferienkolonienfonds und die Dobrowolski'sche Heilanstalt 500 Mark übersandt.

Aus Nr. 118 des Dziennik Kujawski  
vom 26. Mai 1900:

Für die landwirthschaftliche Ausstellung in Posen bereiten sich, wie Warschauer Blätter berichten, viel polnische Grundbesitzer aus dem russischen Antheil vor.

Das Warschauer Slowo schreibt jedoch, daß die die Ausstellung veranstaltenden Deutschen sich irren, wenn sie glauben, daß diese Ausstellung zur Belebung der Beziehungen, sowie zur Annäherung

der preussischen Agrarier an die polnischen Grundbesitzer im Königreich beitragen wird, denn es sei im Königreich allgemein bekannt, daß die deutschen Landwirthe an der Spitze der sogenannten agrarischen Bewegung stehen, welche unter ihren, im Interesse der Landwirthschaft gemachten Bestrebungen hohe Getreidezölle fordern, die offenbar vor Allem nur die dortigen Getreideproduzenten betreffen, ebenso viele andere Forderungen, welche den Landwirthen im Königreich sehr schädlich sind. Die polnischen Landwirthe aus dem Königreich werden die Ausstellung besuchen um die Wirthschaftsmethode der dortigen Landwirthe kennen zu lernen und bei dieser Gelegenheit wollen sie polnische Musterwirthschaften besuchen. Aus diesem Grunde ergeht an die polnischen Landwirthe, deren Wirthschaften Musterwirthschaften sind und nicht weit von der Thorn-Posener Bahn gelegen sind, die Aufforderung, diesbezügliche Informationen dem Posener landwirthschaftlichen Zentralverein zu übersenden.

Aus Nr. 120 des Lech  
vom 29. Mai 1900:

Mogilno, 26. Mai 1900.

Infolge des Verkaufs von Padniwo durch Herrn Rozanski in fremde Hände tauchen in den verschiedenen Blättern Stimmen auf, in welchen sich Befriedigung darüber widerspiegelt, daß die Kandidatur des Herrn Rozanski als Landtagsabgeordneter nicht zu Stande gekommen ist, welche er in der im Jahre 1894 in Mogilno abgehaltenen Wählerversammlung zu erlangen suchte. Es war das eine interessante Wählerversammlung. Es waren einige Kandidaten in Vorschlag gebracht, darunter auch Herr Palinski, ein Lehrer aus Bromberg und der Vorsitzende des Vereins katholischer Lehrer im Großherzogthum, doch diese mußten alle trotz kräftiger Unterstützung der Taktik des Herrn Rozanski unterliegen, welcher seine von Schnaps betrunkenen Arbeiter in Massen zu der Versammlung hinfuhr, und mit diesem Material seine Pläne durchsetzen wollte. Die Verhältnisse brachten es mit sich, daß von diesen zusammengefahrenen Leuten Andere Nutzen zogen, für welche Herr Rozanski, welcher selbst nach einem Abgeordnetenstze strebte, die Kastanien aus dem Feuer nicht herausholen wollte. Wenn man ein solches Zusammenfahren von betrunkenen Leuten, welche keinen Schimmer davon besitzen, was man von ihnen verlangt, verdammen muß, so kann man auch das Verhalten derjenigen Leute nicht gutheissen, welche wissen, zu welchem Zweck solche Massen von Leuten zusammengefahren werden und hiergegen nicht auftreten. Möge das Beispiel Mogilnos eine Lehre für die künftigen Wahlen sein, bei welchen gewöhnlich nur einige eingeweihte Personen wissen, was wirklich beabsichtigt wird.

Auch in Gnesen hat die Stadt im Jahre 1893 eine Entscheidung getroffen, als die Abgeordneten-kandidatur des Dr. Chelmiecki auf Zydomo einstimmig aufgehoben wurde, aber in Gnesen verliefen die Wahlen in würdiger Weise und mit voller Sachkenntniß der anwesenden Wähler.

(Es sind das traurige und schmerzliche Erinnerungen — und wenn auch schon Jahre darüber hingegangen sind, so interessieren sie doch jeden Menschen, welcher die Sache mit gesundem Menschenverstand sich anschaut. Aber weit trauriger als die Wahlen im Jahre 1894 sind die Wahlen in Mogilno im Jahre 1898 im Gedächtniß geblieben, über welche wir später berichten werden. Die Redaktion.)



Aus Nr. 111 des Ogródnik  
vom 16. Mai 1900:

In Beantwortung eines Artikels des Dziennik Późnanski, der sich über die „neuen Leute“ ausließ, schreibt ein „Unparteiischer“ im Dziennik Kurjowski:

„Niemals habe ich angenommen, daß die öffentliche Meinung, die in breiten Kreisen des Bürgerthums zu Tage tritt, in so argem Mißklang zu derjenigen Meinung stehen könnte, welche im Dziennik Późnanski zum Ausdruck gebracht wird, in einem Organe also, welches doch die beachtenswerthesten Kreise unserer Volksversammlung im preussischen Landestheil, und zwar in den vitalsten öffentlichen Fragen repräsentirt.“

Dieser Mißklang zwischen den seit einiger Zeit im Dziennik Późnanski im Namen der von ihm repräsentirten Kreise vertretenen Anschauungen und den Grundsätzen, von welchen sich diese Kreise des Bürgerthums, des Großgrundbesitzerstandes und unserer weltlichen und geistlichen Intelligenz im öffentlichen Leben thatsächlich leiten lassen, tritt um so greller zu Tage, je klarer irgend eine peinliche Frage zur definitiven Entscheidung gestellt ist.

Dann ist eine erstaunliche Erscheinung zu konstatiren. Im Namen der angesehensten Bürger, unter dem Deckmantel der ehrlichsten Autoritäten liest man im Dziennik oft solche Ansichten und in solcher Form, daß sie keiner unserer allgemein geschätzten hervorragenden Bürger jemals persönlich äußern würde, und noch weniger würde er in der Praxis des Lebens nach solchen Grundsätzen verfahren.

Ich bitte, doch einmal nachstehendes Experiment machen zu wollen und sich z. B. den laufenden Jahrgang des Dziennik Późnanski unterzeichnet von irgend einem unserer hervorragenden Bürger vorzustellen! Würde im gegebenen Falle nicht sofort ein je nach dem Temperament der unterschriebenen Persönlichkeit mehr oder minder eindringlicher Protest die Folge sein?

Würde andererseits nicht jeder nicht Voreingenommene beim Lesen des unterzeichneten Namens sofort rufen: „Das ist eine augenscheinliche Mystifikation! Diese Serie prinzipieller Artikel hat weder nach Inhalt noch nach Form ein Mann mit diesem bürgerlichen Namen und mit dieser Erziehung schreiben können, ein Mann, der im privaten und öffentlichen Leben nach allgemein bekannten bürgerlichen Grundsätzen handelt.“

Wer sich noch besser in der Situation zu orientiren wünscht, der möge sich den laufenden Jahrgang des Dziennik mit den Unterschriften von Ribelt, Marcinkowski, Cieszkowski, Gustav Potworowski, Mathias Mielzynski, Titus Dzialynski und anderer Bürger von dieser Größe denken, dann wird er den Unterschied zwischen der ad hoc a conto des Bürgerthums in der Redaktion des Dziennik konstruirten öffentlichen Meinung und der thatsächlichen Ansicht dieser Kreise wohl begreifen.

Ich bin sehr neugierig, welcher von den oben genannten politischen Männern einen Artikel von Form und von dem Inhalt mit seinem Namen unterzeichnet haben würde, wie der, welcher von den „neuen Leuten“ handelt und welcher vor einiger Zeit im Dziennik Późnanski Aufnahme gefunden hat.

Bürger von der Bedeutung und dem Typus, wie sie unsere großpolnische Volksversammlung bisher an der Spitze des öffentlichen Dienstes zu sehen gewohnt war, opferten Gut und Namen für die öffentliche Sache, heut aber wird im Dziennik Późnanski der Grundsatz gepredigt — und zwar an-

geblich im Namen desselben Bürgerthums, — daß das Geld, welches in öffentlichen Instituten angesammelt worden ist, zur Förderung der Interessen spekulirender Privatpersonen dienen könnte und sollte, von Personen, die in irgend einer Weise Einfluß auf das betreffende Privatinstitut zu gewinnen wußten.

Bis heut ist es ein allgemein anerkanntes bürgerliches Prinzip, Opfer an privatem Gut auf dem Altar des öffentlichen Wohles niederzulegen. Heut wettert man noch, und zwar mit Recht, gegen Landwirthe, die das väterliche Gut veräußern, dann, wenn sie die Arbeit auf der väterlichen Scholle nicht bewältigen können oder wollen; gleichzeitig, wohl gar in derselben Nummer des Dziennik stößt man auf eine Vertheidigung der Praktiken solcher Leute, welche im Namen des Patriotismus gute Geschäfte zu machen wissen, und damit tolerirt man sozusagen die bequeme Praxis, den privaten Braten am öffentlichen Feuer gar zu machen. Unparteiische, die es wagen, der Gesamtheit die Grundsätze früherer, besserer Zeiten ins Gedächtniß zu rufen, belegt man in radikalster Form mit den Schimpfnamen „Sezessionisten“, „neue Leute“, die nach Ehrenstellen, Einkünften und einträglichen Posten trachten.

Das ist ein Proßbüchsen „der bürgerlichen öffentlichen Meinung“, wie sie der Dziennik Późnanski fabrizirt.

Doch darüber kann man sich nicht wundern, denn das ist der gewöhnliche Gang des Schicksals. Wenn es in irgend einer Volksversammlung augenblicklich thatsächlich an „großen Leuten“ mangelt, an Leuten von großem Herzen und hohem Verstande, die der Nation in guten und bösen Tagen voranleuchten, — dann tauchen naturgemäß „kleine Leute“ auf, die mehr oder weniger gut die Rolle „großer“ spielen.

Dann geschehen solche Sachen, wie die, welche wir auf großpolnischem Boden gegenwärtig alltäglich zu sehen bekommen.

Das Bürgerthum aller politischen Schattirungen läßt sich, anstatt der Politik, der Presse und den öffentlichen Instituten, die es ins Leben rief und opferwillig unterhält, die Richtung vorzuschreiben, in den öffentlichen Angelegenheiten durch unqualifizierte Persönlichkeiten vertreten und sich von diesen eine öffentliche Meinung aufdrängen, und sogar zeitweise auch eine unangebrachte Richtung, die weder den Traditionen, noch gesunden bürgerlichen Grundsätzen entspricht.

Das geschieht gewöhnlich zu Zeiten, wenn der Kampf um die Existenz die ansehnliche Mehrheit des Bürgerthums und der Intelligenz zwingt, alle physischen und moralischen Kräfte anzustrengen, um sich und der Familie die Existenz zu sichern, die augenblicklich in Folge der Umgestaltung der ökonomisch-sozialen Verhältnisse und in Folge des von unversöhnlichen Feinden ausgehenden Drucks bedroht ist. Doch folgt daraus keineswegs, daß dieses momentane Fortgeben der Zügel aus kompetenten Händen das völlige Schwinden des Einflusses des Bürgerthums auf die öffentliche Meinung und auf die politische Richtung der Presse und der öffentlichen Institute bezeichnen sollte.

Selbst in den schlimmsten Zeiten gab es und wird es bei uns noch materiell und moralisch von dem Kredit der Banken und von der Meinung der Redaktion des Dziennik unabhängige Bürger geben, welche sorglich auf jede Erscheinung des öffentlichen Lebens achten



und sobald sie eine Gefahr wittern, kühn mit ihrer Ansicht hervortreten und sie öffentlich aussprechen, selbst wenn dies dem Dziennik Poznański nicht passen sollte. Zu dieser Art Menschen wagt sich der „Unparteiische“ des Dziennik Kujawski zu rechnen.

Unter den heut herrschenden Verhältnissen reicht die Unterschrift des „Unparteiischen“ unter den Artikeln des Dziennik Kujawski, eines der Blätter, welche mit Glück stets die tatsächliche Meinung der provinziellen Bürgerkreise zum Ausdruck zu bringen bestrebt sind, vollständig hin, und hinsichtlich des bürgerlichen Ansehens haben die Auslassungen des „Unparteiischen“ wohl ebendieselbe Bedeutung, wie die Äußerungen der in die Sache verwickelten Personen mit Einschluß der Redaktion des Dziennik Poznański zusammengekommen. In der prinzipiellen, im Dziennik Kujawski berührten Angelegenheit hat bisher außer den interessirten Personen kein hervorragender Bürger öffentlich das Wort ergriffen, was ich hiermit nachdrücklich feststelle.

So lange also der Dziennik Poznański meine Artikel seinen Lesern nicht wörtlich zur Würdigung unterbreitet, sondern statt sachlich zu diskutieren stets nur Worte herausgreift, dagegen beachtenswerthe, uneigennützige, im besten Glauben ausgesprochene Grundsätze mit böswilligen Unterstellungen und schlechten Witz abthut, so lange fühle ich mich nicht verpflichtet, das Visir zu lüften und mit meinem bürgerlichen Namen hervorzutreten.

Uebrigens sollte es sich hier um den Namen des Verfassers jener Artikel überhaupt nicht handeln, sondern um die darin zum Ausdruck gebrachten Grundsätze, ob nämlich die Leiter unserer öffentlichen Finanzinstitute sich von Privatgeschäften fernhalten und daher ein ständiges Gehalt und eine ausreichende Lantime erhalten, nicht aber an privaten Spekulationen persönlichen Antheil nehmen sollen, oder ob sie auf Nebenverdienst angewiesen sein und sich mehr oder weniger mit Spekulationsgeschäften befassen sollen, wodurch der Anlaß zu persönlichen Angriffen und zu Schwierigkeiten für das von ihnen vertretene Institut geboten wird.

Um die Neugierde der Redaktion des Dziennik Poznański zu befriedigen, ist die Unterzeichnung eines Artikels mit meinem bürgerlichen Namen vollständig unnöthig. Der Redaktion des Dziennik Poznański handelt es sich doch nicht um die Person; jeder selbständig auftretende Mann, und wäre dies selbst der Verfasser der Broschüre „Nasza sprawa“ („Unsere Sache“, verfaßt von Dr. v. Skarzynski-Splawie. Red. des Gef.-Ueberbl.) oder sonst Jemand ist für die Redaktion des Blattes gleichfalls ein widerwärtiger Konkurrent, der es wagt, sie in ihrer süßen Ruhe zu stören. Solche Leute werden in Pausch und Bogen „Sezessionisten“, „neue Leute“ genannt, die Geschäfte machen und sich in soziale Ehrenstellen aufschwingen wollen, die im Dziennik Kujawski veröffentlichten Grundsätze aber, die der Redaktion des Dziennik Poznański unbequem sind, nennt man verächtlich im Jargon des Dziennik Poznański „neue Strömungen“.

Für die Gesamtheit sollte meine Anonymität in dieser peinlichen öffentlichen Diskussion nur angenehm sein. Es ist damit dem Dziennik Poznański und den in die Sache verwickelten Personen Gelegenheit geboten, über den Verfasser der Artikel heranzuziehen und dadurch treten bis zu einem gewissen Grade die hinter den Kulissen wirkenden Einflüsse zu Tage, denen der Verlag des Dziennik Poznański allem Anschein nach unterworfen ist. Ich gestehe

offen, daß dies einer der vielen Gründe war, weshalb ich anonym blieb. Wäre ich mit offenem Visir aufgetreten, dann wären diese Herren aus Posen durch die verschiedensten Rücksichten beengt, heut brauchen sie auf die Person des Verfassers der Artikel, wenngleich sie vermuthen, wer er ist, keine Rücksicht zu nehmen, und insolgedessen bethätigen sie wider Willen um so schlagender öffentlich die Grundsätze, von denen sie sich in öffentlichen Angelegenheiten leiten lassen.

Nur um eins bitte ich: daß man den „Unparteiischen“ nicht allzustark an die Wand drücke und geduldig warte. Es wird der entsprechende Zeitpunkt kommen, wo er selbst das Visir lüften wird, d. h. nach beendigtem Turnier, wie es einem rechten Ritter ansteht. Einstweilen bitte ich nochmals darum, daß man meine Artikel im Dziennik Poznański vollständig zum Abdruck bringe, damit die achtungswerthen Leser dieses Blattes ebenfalls erfahren, um was es sich mir eigentlich handelt. Ich bitte ferner, sachlich über die von mir veröffentlichten Grundsätze zu diskutieren und nicht mit Schimpfnamen wie „Sezessionisten“ und „neue Leute“ um sich zu werfen. Sonst werde ich moralisch gezwungen, anzunehmen, daß die Redaktion des Dziennik Poznański ebenfalls zu wenig Gehalt erhält und auf Nebenverdienst angewiesen ist, zum mindesten müßte ich sie des Mangels an uneigennütigen Mitarbeitern beschuldigen, so daß sie darauf angewiesen ist, in der Eile Artikel pro Zeile zu fabriziren, um einigermaßen mit Gemeinplätzen über „neue Leute“ das im Verhältniß zu den redaktionellen Kräften allzu große Format des Blattes auszufüllen.

Schließlich mache ich folgenden Vorschlag: Ich bitte mir die Bürgschaft dafür zu bieten, daß die von mir durch die Redaktion des Dziennik Kujawski hervorgerufene öffentliche Diskussion sich in anständigen Formen bewegen und nicht etwa mit einem Skandal endigen wird, wie der, mit welchem die Sache Czarnotki in Schroda abschloß, dann werde ich sofort mit meinem bürgerlichen Namen hervortreten. Denn solchen „Argumenten“, deren man sich dort bediente, mich auszujagen, habe ich nicht die mindeste Lust. Ein solches Opfer wird selbst der öffentlichen Sache wegen wohl Niemand von mir verlangen. Der Unparteiische.“

„Wer etwas genauer mit unseren politischen und publizistischen Verhältnissen bescheid weiß“ — so schreibt hierzu der Drendownik, — „der wird auf den ersten Blick erkennen, daß der „Unparteiische“ mit Leib und Seele denjenigen Kreisen angehört, welche bei uns in der Presse durch den Dziennik Poznański, Kurjer, Wielkopolanin und Dziennik Kujawski repräsentirt werden.“

Der „Unparteiische“ mußte jedoch aus der Diskussion über die Genossenschaften und die Verbandssbank Nutzen zu ziehen, sich von der politischen Schablone und der veralteten Routine seiner Kreise zu emanzipiren, und er bediente sich zum Aussprechen seiner gefunden, klaren und einfachen Anschauungen des Dziennik Kujawski, der ihm auch herzlich dankt.

Der Dziennik Poznański und der Kurjer ignoriren die Äußerung des Unparteiischen vollständig, obgleich das ein Mann aus ihren Kreisen ist. Eine merkwürdige, bodenlose Gedankenlosigkeit herrscht bei diesen Blättern, welche bewirkt, daß sie jeden politischen Gegner geringschätzen und dieser geringe Schätzung in geradezu abgeschmackter Form Ausdruck verleihen, womit sie sich selbst bloßstellen. Aber dieser Umstand bewirkt noch, daß sie selbst bei sich den eigenen Weizen von der eigenen Spreu nicht zu scheiden wissen.



In den Artikeln des Unparteiischen findet sich so manches gesunde Korn; wir geben diese Artikel wieder, um ihnen weite Verbreitung zu sichern und um unsere Leser zu informiren, obwohl Alles dafür spricht, daß der Unparteiische nicht zu unserer Couleur gehört. Der Dziennik Poznański und der Kurjer ignoriren sie systematisch; ersterer hat zum Ueberfluß dem Unparteiischen drei Zeilen seines historischen Briefkastens gewidmet“.

Aus Nr. 117 des Ogródownik  
vom 23. Mai 1900:

### **Im Interesse der in der Ausbildung begriffenen Jugend.**

Aus der Stadt, 20. Mai.

Der Artikel der Redaktion in der Sonntagsnummer des Ogródownik veranlaßt mich, einige Worte im Interesse unserer Jugend niederzuschreiben. Mit Recht bemerkt die Redaktion, daß polnische Bücher nicht verboten sind und daß es den Gymnasiasten freisteht, solche zu kaufen, daß es jedoch gelte, dabei Vorsicht walten zu lassen, und daß die Eltern und Diejenigen, welche mit der Jugend Fühlung haben, ihr mit entsprechendem Rath und mit ihrer Erfahrung dienen sollten, um sie vor möglichen unvorsichtigen Schritten zu behüten.

Unter den polnischen Büchern giebt es ebenso wie unter den deutschen solche, die verboten sind; auch giebt es solche, deren Verbreitung die Jugend einem Konflikt mit der Polizei oder sogar mit der Staatsanwaltschaft aussetzen könnte. Von der Jugend kann man unmöglich verlangen, daß sie wisse, welche Bücher verboten sind, und welcher Bücher Ankauf sie dem Vorwurf aussetzen könnte, daß sie sich mit Agitation befasse.

So mancher der Gymnasiasten könnte ein solches Buch oder eine solche Broschüre im besten Glauben kaufen, ohne zu ahnen, daß ihr Besitz ihn in Konflikt mit der Polizei oder Schulbehörde bringen könnte. Unsere Jugend weiß doch, daß sie in einem Verfassungsstaate lebt, in welchem die Freiheit des Worts auch dem Kinde garantirt ist; sie kann mithin meinen, es sei gesetzlich nicht anstößig, wenn sie ein im Inlande gedrucktes Buch kaufe und besitze, selbst wenn dieses Buch Sachen enthalte, die gewissen Kreisen unangenehm sind. Es gilt also, unsere Jugend zu belehren, daß der Besitz von Büchern, die einen Erwachsenen üblen Folgen nicht aussetzen können, der Schulbehörde Anlaß bieten können, gegen die Schulpugend disziplinarisch vorzugehen.

Es ist also Pflicht der Eltern oder überhaupt der älteren Bürger, möglichen von der Polizei- oder Schulbehörde veranstalteten Hausdurchsuchungen zuvorzukommen, die Jugend zu belehren, welche Bücher oder Broschüren sie unangenehmen Folgen aussetzen könnten und diese Bücher aus den Händen der Jugend zu entfernen.

Ich nehme an, daß dies nur vereinzelte Fälle sein können; denn den Besitz einer polnischen Geschichte oder Literatur, der Dichtungen Mickiewicz, der Erzählungen Sienkiewicz u. s. w., kann keine Behörde und kein vernünftiger Mensch übel nehmen. Es brauchen aber bloß ein oder zwei Fälle vorzukommen (daß bei Schülern verbotene Bücher gefunden werden), so ist der Verlust schon groß; denn jeder entgleiste oder aus dem regelmäßigen Bildungsgange herausgerissene Schüler belastet das Verlustkonto in unserer nationalen Bilanz.

Wir berühren bei dieser Gelegenheit noch eine zweite Angelegenheit, d. h. die Sache des sogenannten Nationalschatzes, der in Rapperswyl gesammelt wird. Als die Zeitungen die Verhaftung des Buchhändlers Zeitgeber mit dessen Broschüre über „Rapperswyl“ und mit der darin angeblich geschilderten Angelegenheit jenes Nationalschatzes in Verbindung brachten, hörten wir die Ansicht eines gewissen Akademikers hierüber. Dieser wunderte sich, daß die Polizei oder die Staatsanwaltschaft in den Beitragsleistungen für jenen Nationalschatz ein Attentat auf die Totalität des preussischen Staates oder ein Staatsverbrechen erblicke, da doch die Sache an sich unschuldig sei; denn die Einkünfte jenes Nationalschatzes wurden hauptsächlich zu Stipendien für die polnische Emigrantenjugend benützt. Auch hier gilt es, die akademische Jugend zu mahnen, daß sie sich vor solchen Anschauungen hüte.

Wie man uns aus Kreisen, die in dieser Sache gut unterrichtet sind, versichert, fließen die Einkünfte des Nationalschatzes ausschließlich aus Emigrantenkreisen in Europa und Amerika, und in der That werden die Fonds hauptsächlich zu Stipendien und Beihilfen für Emigranten verwendet; dessen ungeachtet ist in dieser Angelegenheit die größte Vorsicht zu beobachten. Es braucht vorzukommen, daß auch nur einer unserer Akademiker ein paar Mark Beiträge zu diesem Zwecke hergiebt, so kann daraus sofort eine „politische Frage“ erwachsen. Wir haben unsere heimischen Vereine zur Lehrbeihilfe, die Jugend kann unter sich Beiträge für den Verein Bratnia pomoc (Brüderliche Hilfe für minder begüterte Kollegen) sammeln, möge man aber alle Vorsicht und Reserve Instituten gegenüber beobachten, die von dem Emigrantenthum ins Leben gerufen worden sind, also ohne hinreichende Berücksichtigung der hierzulande geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Unsere Jugend hat hundertfache Gelegenheit, für unsere Sache zu arbeiten, ohne mit diesen Vorschriften in Konflikt zu gerathen. Wir Polen sollten in uns den Gesezesinn mehr schärfen; das wäre eine Bekundung größerer politischer Reife.

Aus Nr. 114 des Ogródownik  
vom 19. Mai 1900:

### **Betrifft die Verbandsbank.**

Der Dziennik Poznański erörtert den Verkauf polnischen Bodens an die Ansiedelungs-Kommission und giebt die Aeußerungen Warschauer und Galizischer Blätter wieder, um das Gewissen der Nation zu rühren.

U. a. nahm das Blatt auch einen Artikel des Warschauer konservativen Słowo auf, worin gesagt wurde, die öffentliche Diskussion, die bisher in Sachen der Genossenschaften und der Verbandsbank geführt worden sei, habe letzterer viel Kapitalien entzogen und diese zum Theil deutschen Finanzinstituten zugeführt; der Mangel an Kapital und Kredit in den polnischen Instituten verursache auch den öfteren Verkauf polnischen Bodens, mit einem Worte, diese Diskussion gereiche der polnischen Sache im preussischen Landestheil zum Schaden und dem Deutschthum zum Nutzen.

Das Warschauer Słowo beruft sich in seinem Artikel auf den Dziennik Poznański und der Dziennik Poznański wiederum auf das Słowo.



Wir haben uns nie der Täuschung hingegeben, daß der Dziennik, wenn auch allmählich, seine bisherige Taktik und seine unzulängliche Denkweise ändern werde. Auf dies Blatt reagiren selbst die Artikel des „Unparteiischen“ im Dziennik Kujawski nicht, obgleich der Dziennik Poznański sich nicht verhehlen kann, daß diese Artikel aller Wahrscheinlichkeit nach aus den Kreisen seiner eigenen politischen Freunde stammen.

Als hätte er sich darauf veressen, antwortet er dem „Unparteiischen“ fortgesetzt — im Briefkasten. Der Dziennik Poznański versteht es eben nicht, sich anders zu vertheidigen, selbst wenn er es möchte. Dafür wollen wir unsererseits Alles thun, was sich thun läßt, um mit manchen Anschauungen und Behauptungen des Dziennik Poznański zu diskutiren, indem wir von der Ueberzeugung ausgehen, daß die Sachen so klar liegen, daß eigentlich zwei direkt entgegengesetzte Ansichten nicht existiren können.

Wenn wir uns in finanziellen Angelegenheiten wenigstens bezüglich eines Punktes völlig mit dem vom Dziennik Kujawski eingenommenen Standpunkt einverstanden erklären konnten, obgleich dies Blatt nicht zu unseren politischen Freunden gehört, weshalb sollten wir uns — wenigstens in gewissen Verhältnissen — nicht vielleicht mit dem Dziennik Poznański einigen können. Die Sache würde dabei nur gewinnen.

Wir stellen in Uebereinstimmung mit dem Dziennik Poznański fest, daß die bisherige Diskussion in Sachen der Genossenschaften und der Verbandsbank letzterer große Summen an Depositen entzogen hat. In der Stadt spricht man von einer ganzen Million. Wir wollen nicht bestreiten, daß ein bedeutender Theil dieser Deposita in die hiesige Ostbank gebracht worden ist.

Dafür möge der Dziennik Poznański in Uebereinstimmung mit uns auch die Thatsache zugestehen, daß ein bedeutender Theil der polnischen Privatkundschaft gleichfalls der Verbandsbank den Rücken gekehrt und die Ostbank aufgesucht hat.

Stellen wir diese beiden Thatsachen zusammen, so bietet sich folgendes Bild: Eine Menge polnischer Privatkundschaft schöpft Kredit aus polnischen Depositen, aber nicht durch Vermittelung eines polnischen Bankinstituts, sondern durch Vermittelung der deutschen Ostbank, und der Gewinn aus dieser Kreditgewährung fällt einer deutschen, keiner polnischen Bank zu. Das ist der tatsächliche Sachverhalt, er ist traurig, aber dagegen giebt es augenblicklich keine Arznei.

Der Thatbestand verdient, daß man ihn wohl in Erwägung ziehe, um die Ursachen zu untersuchen, die ihn hervorgerufen haben. Gerade die Artikel des Unparteiischen stehen in engem Zusammenhang mit diesem unerfreulichen und uns Alle so warnenden Stande unserer Finanzen. Nicht heute, sondern schon vor einem Jahre haben wir ausdrücklich darauf hingewiesen und ausdrücklich die Ostbank bei Namen genannt als dasjenige Institut, das der Verbandsbank bei den Geschäften mit der Privatkundschaft große Konkurrenz macht. Von jedem größeren polnischen Kaufmann Posens kann man auch erfahren, daß die polnische Privatkundschaft nach der Ostbank hinzieht, nicht seit heute, nicht seit einem Jahre, sondern seit länger als einem Jahre.

Wir haben davor gewarnt, daß man predige, das Interesse der Genossenschaften heiße eine Erhöhung des Anlagekapitals der Verbandsbank; wir mahnten, man solle seine Aufmerksamkeit der Privatkundschaft der Bank zuwenden, da letztere gerade für diese Kundschaft eines größeren Anlagekapitals bedürfe.

Wenn der Dziennik heute von der Zurückziehung hoher Deposita aus der Verbandsbank und von dem Ziehen dieser Summen in die Ostbank schreibt, so möge er sich auch darüber auslassen, daß die polnische Privatkundschaft nach der deutschen, genau gesagt, jüdischen Bank hinzieht. Vielleicht nimmt man auf diesem Wege wahr, daß man so wichtige Fragen nicht im Briefkasten abthun darf und daß das Ignoriren der Artikel des Unparteiischen zu nichts führt.

## Aus Westpreußen.

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka  
vom 22. Mai 1900:

### Der Verleger Kulerski,

welcher sich gegenwärtig an einer polnischen Pilgerfahrt nach Rom theilnimmt, schildert in seinem Blatte u. A. auch die den Pilgern vom Papste in der Peterskirche gewährte Audienz. Es heißt in dieser Schilderung an einer Stelle:

Die ersten Plätze waren für uns Polen bestimmt auf Befehl des hl. Vaters selbst, der auf diese Weise der polnischen Nation hat zeigen und sagen wollen, daß er sie für ihre Leiden, für ihre Qualen und für ihre unverbrüchliche Treue gegenüber dem hl. Glauben über alle anderen Nationen liebe.

„Ist das nicht eine große Ehrung, die uns zu Theil ward? Wir sind doch die Glendsten unter den Nationen; denn man hat uns fast Alles geraubt, was uns theuer ist. Wir besitzen kein freies Vaterland, wie andere Nationen; aber der hl. Vater hat uns so empfangen und ausgezeichnet, als wären wir die mächtigste Nation in Europa, die auf dem Gipfel des Ruhmes sich befindet. Freuen wir uns also, Brüder und Landsleute, der großen Gunst, die der hl. Vater uns gezeigt hat, uns, die wir überall verächtlich behandelt, mit Füßen getreten und fortgestoßen sind und die er allein an sich zieht und an sein Vaterherz drückt! Geloben wir ihm, Brüder und Landsleute, daß wir bereit sind, das Leben für ihn hinzugeben, falls dies nöthig sein sollte! Das Leben für unsern hl. Vater, das möge unsere Lösung sein!“

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka  
vom 22. Mai 1900:

Man schreibt der Gazeta Grudziadzka in Sachen der Koniker Wahl, daß der Zentrums-kandidat Pfarrer Gehrt aus Lichau am Wahltag in einem öffentlichen Lokal (im englischen Hause) am Freitag Fleisch gegessen habe, was allgemeines Aergerniß erregte. Niemand von den Laien hat Fleisch gegessen. Wenn die Zentrumsleute stets ihren Katholizismus in den Vordergrund rücken, so mögen sie keinen Kandidaten aufstellen, der als Propst am Freitag Fleisch isst.

Aus Nr. 61 der Gazeta Grudziadzka  
vom 22. Mai 1900:

### Graudenz.

In der Stadt verlautet, in Graudenz solle der f. Zt. eingeschlafene deutsch-katholische Gesangverein wieder ins Leben gerufen werden. Es sollen viele Polen und Polinnen bereits die Einladung erhalten haben, dem Gesangverein beizutreten.



Das ruft uns den vor einigen Jahren eingeschlafenen Gesangverein ins Gedächtniß, der deshalb einging, weil die Polen aus ihm austraten. Sie thaten dies darum, weil die deutschen Sängler bei polnischen Andachten nicht mitsingen wollten. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Der damalige Sänglerchor des kirchlich-katholischen Vereins setzte sich zu gleichen Theilen aus Polen und Deutschen zusammen. Die Polen sangen einige Jahre bei deutschen Andachten lateinisch und bei deutschen Vereinsvergünungen natürlich nur deutsch. Als die Polen endlich erwachten und forderten, daß der Sänglerchor auch bei der polnischen Fronleichnamsfest mitsinge, erschien von den deutschen Herren Sänglern nicht ein einziger, so daß nicht gesungen wurde. Außerdem kamen auch Zwistigkeiten vor, weil die Polen bei den Uebungen sich polnisch unterhielten. So ging man schon damals mit uns um. Auf die Frage also, ob wir heut eine bessere Behandlung zu gewärtigen haben, sollte jeder denkende, die Graudenzverhältnisse kennende Mensch die Antwort finden. Uebrigens haben die Deutschkatholiken hier schon zwei Gesangsvereine: den Gesellengesangsverein und den Regellub-Gesangsverein, und das sollte doch für Graudenz hinreichen.

Wenn sie jedoch noch einen dritten Gesangsverein haben wollen, so mögen sie einen solchen selbst unter sich gründen, uns aber mögen sie in Ruhe lassen! Merkwürdig, daß uns überall selbst die Deutschkatholiken die Gleichberechtigung für unsere Sprache verweigern, daß sie aber dessenungeachtet haben wollen, wir sollten uns ihnen dienstbar erweisen, besonders da, wo es ihnen an eigenen Kräften gebricht. Möge also Jeder, der eine solche Einladung erhält, wohl erwägen, ob ihm das Gewissen gestattet, an einem solchen Verein theilzunehmen, auf daß es ihn später nicht gereue! Besonders mögen unsere Polinnen mit gutem Beispiel vorangehen und mögen sie dessen eingedenk sein, daß gerade in diesem Augenblicke ihre Schwestern in Polen eine große Versammlung einberufen, um die Rechte unserer Sprache in derselben zu verfechten. Achten wir uns selbst, dann werden uns auch Andere achten! Doch vor Allem bieten wir nicht selbst die Hand zu unmäßlicher freiwilliger Germanisirung!

Aus Nr. 32 der Gazeta Tczewska  
vom 26. Mai 1900:

### **Zu der Erklärung,**

welche der Kandidat des Zentrums und Vorsitzende des Wahlkomitees dieser Partei für den Wahlkreis Königs-Schlochau-Tuchel im Westpreussischen Volksblatt erlassen hat, meint die Gazeta Tczewska:

„Das ist der Hauptinhalt der Erklärung, die nur beweist, daß die Zentrumsleute im gedachten Wahlkreise sich von den gerechten Vorwürfen reinigen möchten, welche sie aus Anlaß der letzten Wahlen getroffen haben, und zwar möchten sie sich reinigen auf Kosten der polnischen Blätter. Augenscheinlich haben die Zentrumsleute von den Herren Ministern gelernt, daß der bequemste Sündenbock die polnische Presse ist, auf welche man Alles schieben kann.

Diesmal ist den Zentrumsleuten das Stückchen jedoch nicht geglückt, da die polnische Gesamtheit die Wölfe in Schafskleidern und die wahrhaft krenztitterliche Politik dieser Leute kennen gelernt hat, als daß sie jetzt noch schönen Worten auf den Leim ginge und sich von den Zentrumsleuten am Gängelbände leiten ließe.

Punkt 1 charakterisirt mehr als zur Genüge die ganze Erklärung; denn er beweist, daß in den

Augen der Zentrumsleute nur diejenigen Polen als „klug“ und „edel“ gelten, welche bereit sind, in diesen Herren stets ihre Vormünder zu erblicken und sich ihnen vollständig auf Gnade und Ungnade zu ergeben, sei es auch unter Verleugnung der eigenen Nationalität. Was den Punkt 2 anbelangt, so haben die polnischen Blätter sich nicht zu Richtern aufgeworfen, sondern es war ihre Pflicht, den Zentrumsleuten die Heuchelei vorzuhalten, deren diese sich schuldig gemacht haben, indem sie für ihren eigenen Kandidaten stimmten. Dadurch haben sie zu dem Siege einer Partei beigetragen, die heut noch der ärgste Feind der katholischen Kirche ist. Wie Niemand aus einem Mohren, und wenn man ihn auch ein ganzes Jahr lang mit Seife und Sand scheuerte, einen Weißen machen kann, so ist auch die hochtönendste Erklärung nicht im Stande, die Zentrumsleute von dem Vorwurf der Scheinheiligkeit zu reinigen. Durch ihr eigenes Verhalten bei den letzten Wahlen in Romk haben gerade die Zentrumsleute dargethan, daß es sich ihnen nicht im Mindesten um die katholische Sache handelt.

Was den ferneren Vorwurf anbelangt, daß die Polen gefordert hätten, die Zentrumsleute sollten der Verfolgung einer eigenen Politik entsagen und den Polen bedingungslos Heeresfolge leisten, so ist das geradezu ein „Auf den Kopf stellen“ der Thatfachen. Nicht die Polen verlangen so etwas von den Deutschkatholiken, sondern die Deutschkatholiken verlangen eben von den Polen, daß diese dem selbstständigen Auftreten entsagen und zu Gunsten des Zentrums keine eigenen Abgeordneten aufstellen sollten. Beweis dafür ist Oberschlesien, wo die Zentrumsabgeordneten überwiegend mit den Stimmen des polnischen Volkes gewählt werden; Beweis dafür sind auch das Großherzogthum Posen, Westpreußen und Ermland, wo eine verschwindende deutsch-katholische Minderheit bei den Wahlen eigene Kandidaten anstellt und oft selbst mit den ärgsten Feinden der katholischen Kirche zusammengeht, um nur nicht den Polen zu wählen, wie dies im Wahlkreise Thorn geschehen ist.

Die weiteren gegen die „kleinen“ polnischen Blätter erhobenen Vorwürfe hätte der geistliche Herr Vorsitzende des Wahlkomitees lieber für sich behalten können, und er hätte mehr dessen eingedenk sein sollen, daß die Freitage in der ganzen katholischen Welt Fasttage sind, was ihm wenigstens Aergerniß erregende Versehen und unangenehme Berichtigungen erspart hätte. Wenn der geistliche Herr Vorsitzende den polnischen Zeitungen das Recht abspricht, über die Zentrumsleute zu urtheilen, so hat er um so weniger ein Recht, sich zum Richter der „kleinen“ polnischen Blätter aufzuwerfen; denn dies Urtheilen steht nicht ihm noch den Zentrumsleuten, sondern der polnischen Volksgesamtheit zu, die mit vielleicht geringen Ausnahmen schon lange die „angeblichen“ Freunde erkannt und in dieser Angelegenheit ihr Urtheil gesprochen hat, und zwar zu Ungunsten der Zentrumsleute.

Mit dem letzten Passus der Erklärung sind wir jedoch vollkommen einverstanden. Auch wir Polen sehen trotz der Stürme, die wir durchgemacht haben, voll Vertrauen in die Zukunft; denn die Siegeshoffnung verleiht uns unser hl. Glaube und, wie wir hinzufügen wollen, die Liebe zu unserem Vaterlande. Diese beiden erhabenen Empfindungen stärken uns geistig; sie verleihen Kraft im Abwehrkampfe, und vereint mit dem Vertrauen auf Gott und auf die eigenen Kräfte werden sie uns vorausleuchten als Leitsterne auf dem Wege zum Ziele!



Die Gazeta Grudziadzka knüpft in Nr. 63 vom 26. Mai an die Erklärung des Pfarrers Gehrt folgenden Kommentar:

„Es würde hinreichen, auf obige Erklärung mit den drei Worten zu antworten: „Richtig nach Kreuzritterart!“ Dessen ungeachtet wollen wir uns die Behauptungen des Propstes Gehrt kurz ansehen und auf jeden Punkt besonders antworten:

1) Das Westpreussische Volksblatt hat den Polen gesagt, sie verstünden nichts von Politik. Pfarrer Gehrt hat augenscheinlich erkannt, daß es unvorsichtig war, die Polen so direkt auf die Eselsbank zu setzen; er sagt also, es gebe unter den Polen auch kluge Leute. Wie gnädig ist das vom Propst Gehrt! Augenscheinlich hat er noch nicht die Hoffnung verloren, die Polen würden einst noch so zu Verstande kommen, daß sie für ihn oder für einen anderen deutschkatholischen „Bruder“ ihre Stimmen abgeben werden, und darum schmiert er den klugen Polen Honig um den Mund, Wa, ha! Ein solcher Politiker wie Pfarrer Gehrt weiß Alles zu berechnen. 2) Jene Entrüstung über die „gemäßigten“ polnischen Blätter ist dem Pfarrer Gehrt vollständig mißlungen. Jeder erkennt, daß das leeres Gerede ist, das Niemanden etwas kostet. Nicht allein die polnischen Blätter, sondern sogar auch jeder einfache polnische Bauer könnte so manchen Herrn Preußen, welcher Deutschkatholik ist, darüber belehren, was nach dem hl. Glauben einem Katholiken ansteht und was sich nicht geziemt. Pfarrer Gehrt sollte uns verstehen. 3) Wir verlangen von den Deutschkatholiken nichts, höchstens das eine, daß sie sich von uns lossagen und aufhören sollen, uns mit ihrer kreuzritterlichen „Freundschaft“ zu beehren! Mit dem Luther- und Freimaurerthum werden wir selbst vorzüglich fertig. Gerade die Deutschkatholiken verlangen von uns, daß wir, die wir über dreimal mehr Stimmen verfügen, für einen hundertfünftel Kandidaten stimmen sollen. Pfarrer Gehrt hat hier gezeigt, daß er hier recht nach Kreuzritterart die Sache auf den Kopf zu stellen weiß. 4) Weshalb wird nicht gerade herausgesagt, daß jene Behauptung, die dem Pfarrer Gehrt so sehr mißfallen hat, von der Gazeta Grudziadzka ausgesprochen worden ist? Warum spricht man nur von einem „kleinen“ Blatte? Uns schiert es nichts, wie Pfarrer Gehrt unsere Gazeta Grudziadzka zu nennen beliebt, wir wollen auch gar nicht verdienen, daß Pfarrer Gehrt von unserm Blatte Gutes redet. Jedenfalls hat der Pfarrer Gehrt sehr unrecht gehabt, als er der Gazeta Grudziadzka gegenüber die Bezeichnung „klein“ anwandte; denn diese „kleine“ Gazeta Grudziadzka zählt die meisten Abonnenten von allen katholischen Blättern Ostpreußens. Möge der Pfarrer Gehrt mit dieser Thatsache sein Wissen bereichern, und möge er in Zukunft die Gazeta Grudziadzka, wie es die übrigen Preußen thun, ruhig ein „gefährliches Heßblatt“ nennen. Auf jene Behauptung, die Pfarrer Gehrt unverständlich zu nennen geruhte kommen wir noch zurück. 5) Wir betonen, daß jene von dem Pfarrer Gehrt aufgestellte Behauptung, die Volksblätter seien der größte Feind der Polen, vielleicht sogar der Gesellige nicht unterschreiben möchte; denn das ist eine allzusehr in die Augen fallende Bosheit. Ja, ja, diese nichtswürdigen kleinen polnischen Zeitungen wagen es sogleich in alle vier Winde zu posaunen, sobald Pfarrer Gehrt „aus Versehen“ am Freitag sich an die Fleischschüssel setzt, — und da sollte Pfarrer Gehrt sich nicht ärgern! 6) Es ist eine unumstößliche Wahrheit, daß der Glaube, also diejenigen, die ihn im Herzen und nicht nur auf den Lippen tragen, siegen muß.

Aus diesem Grunde eben fürchten wir Polen uns sogar ebenso vor dem Pfarrer Gehrt nicht, wie wir uns vor Bismarck nicht gefürchtet haben!

Aus Nr. 121 des Lech  
vom 30. Mai 1900:

Tuchel, den 28. Mai 1900.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Für das Nationalgeschenk für den Senior der Schriftsteller, den ehrwürdigen Josef Chociszewski haben ferner folgende Personen Beiträge gespendet:

Der Volksverein in Tuchel 10 Mark, Wikar Riedrowski 6 Mark, Dr. Karasiewicz 3 Mark, Rechtsanwalt Wensierski 3 Mark, Dr. Polczynski und Wysoka 5 Mark, Pfarrer Reymann aus Prusze 3 Mark, der Verein junger Industrieller in Posen 100 Mark, der polnische Sängerverein in Kosten 12 Mark, Jul. Reichstein aus Mirosław 10 Mark, zu Händen des Vikars Riedrowski in Tuchel 60 Mark, der Industrieverein in Krone 10 Mark, Apotheker Nizinski in Krone 5 Mark, Pfarrer Nislewski aus Jaroschin 5 Mark, Dr. Mieczkowski aus Dobieszyno 10 Mark u. s. w.

Gleichzeitig übermitteln wir dem geehrten Jubilar, welchen wir alle aufrichtig lieben, unsere allerherzlichsten Glückwünsche. Möge ihn der gütige Gott noch lange mit seinem Segen beglücken und ihn noch lange Jahre zum Heile unseres Vaterlandes erhalten.

Vikar Riedrowski.

(Bisher sind 2663,64 Mark gesammelt. Die R. d. G.-U.)

## Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 120 des Dziennik Berlinski  
vom 27. Mai 1900:

### „Unsere höchste nationale Instanz.“

Die berühmte lex Heinze, welche so lange Zeit hindurch nicht nur die Gemüther der Bevölkerung des ganzen Deutschen Reichs, sondern — man kann wohl dreist behaupten — von ganz Europa in Spannung erhielt, hat auch der polnischen Gesamtheit und vor Allem der Vertretung derselben, der polnischen Fraktion in Berlin, Gelegenheit geboten, darzuthun, ob sie bereits so weit politisch herangereift ist, daß sie nicht auf den Reim der glänzenden Phrasen der Zentrums männer geht, welche unter dem Mantel des Katholizismus vergiftete mörderische Stilets verbergen, die für die Feinde „des deutschen Vaterlandes“ bestimmt sind.

Wie bekannt, hat das Zentrum die lex Heinze so formuliert, daß die Polizei unbeschränkte Macht selbst über die Kunst und Litteratur erhalten und ganz nach ihrem Gutdünken entscheiden sollte, was als „grober Unfug“ anzusehen ist, und was nicht. Wir wissen indessen sehr wohl, wie die ausführenden Behörden schon heut die über den „groben Unfug“ bestehenden Vorschriften ausnutzen, wie man die polnische Gesamtheit, vor Allem aber deren Presse, durch jene Bestimmungen verfolgt, indem man jedes kühnere Auftreten, jedes nur einigermaßen muthigere Brandmarken des brutalen Systems unserer Feinde unter den Paragraphen vom „groben Unfug“ zieht.

Man hätte meinen müssen, daß die polnische Fraktion — als Repräsentantin einer Nation, welche unter dem rücksichtslosen Druck der Polizei am



meisten leidet — gegen dieses Gesetz entschieden aufzutreten wird, durch welches die Kompetenz der Exekutivbehörden noch bedeutend vergrößert wird. Es kam indessen anders. Die polnischen Abgeordneten beschritten gedankenlos und blind den ihnen, wie immer, vom Zentrum vorgezeigten Weg, indem sie gleich von vornherein gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Heine stimmten, welcher forderte, daß unter den Bestimmungen des Paragraphen über den „groben Unfug“ nicht die Erzeugnisse der schaffenden und reproduzierenden Kunst, sowie diejenigen der Presse fallen. Wir wiederholen es noch einmal: die Bekämpfung eines solchen Antrags von Seiten der Polen ist eine Dummheit, welche zum Himmel um Rache schreit, sie zeugt von einem völligen Mangel politischen Geistes. Sogar ein Blatt wie der *Dziennik Poznański* — das Organ der Fraktion — „wundert sich“ und „begreift das Auftreten unserer Abgeordneten nicht.“ Wir verstehen es freilich sehr wohl: der Abgeordnete Heine ist Sozialdemokrat, jeder Sozialdemokrat aber ist nach der Ansicht „unserer Abgeordneten“ ein Teufel, ja ein Teufel. Herr Heine kann deshalb bei seinem Antrage auf eine Unterstützung seitens der polnischen Fraktion nicht rechnen, zumal das Zentrum, dieses Orakel der Polen, gegen den Vorschlag des Abgeordneten Heine ist und der Fraktion anbefiehlt, dagegen zu opponieren. Was das Wohl der polnischen Gesamtheit erfordert, darüber nachzudenken, hatten unsere Abgeordneten noch keine Zeit. Sie werden das — Gott gebe es! — post festum thun.

Den Standpunkt, welchen die polnische Fraktion gegen die *lex Heinze* von Anfang an eingenommen hat, hat sie bis zum Ende nicht geändert und sie würde ihn sicherlich trotz aller „Beschwörungen“ des *Dziennik Poznański* selbst dann nicht geändert haben, wenn es über das Gesetz bei dessen erster Lesung zur Abstimmung gekommen wäre. Wie den Lesern schon bekannt ist, hat man die *lex Heinze* eingeschränkt, indem man das Theaterwesen, die Schriftstellerei und die Kunst von ihren Bestimmungen ausschloß, wovon hauptsächlich die Obstruktion abhing. Nun athmete die polnische Fraktion erleichtert auf und verlieh durch den Mund des Abgeordneten Cegielski ihrer Freude darüber Ausdruck, daß die Fraktionen sich geeinigt hätten und daß die Sache endlich erledigt sei, daß ein Antrag gestellt wurde, für welchen sich die überwiegende Mehrheit des Landtages — die Polen nicht ausgeschlossen — erklärten.

Damit aber ist die Sache für uns noch nicht beendet. Wir müssen noch über die am Schluß der Freitagsitzung gegen den Schluß der Diskussion über die Anträge der Opposition abgegebene Erklärung der polnischen Fraktion sprechen, welche vom Zentrum vorgeschlagen worden war.

Pfarrer Dr. v. Jazdzewski begründete dieses Auftreten — unter Anderem — mit folgenden Worten:

„... So lange eine Minderheit des hohen Hauses das vorgelegte Projekt in den durch das Berathungsreglement gezogenen Grenzen bekämpft, können wir dieser auf keinen Fall verwehren, ihre eigenen Anschauungen auszusprechen. Da wir selbst eine Minderheit in dem hohen Hause darstellen, müssen wir jeder anderen Minderheit gegenüber auch nur den Schein vermeiden, daß wir Jemanden die Freiheit des Wortes beschränken wollen.“

Hat sich die polnische Fraktion ihre Handlungsweise, die ungeheure Tragweite derselben, die nothwendigen Folgen ihres Schrittes auch wohl überlegt, welcher den ersten Akt des definitiven Bruchs mit dem Zentrum und eine

Wendung zur äußersten Linken bilden könnte und bilden muß? Haben die polnischen Abgeordneten endlich begriffen, daß das Zentrum sie nur als seine Diener betrachtet, welche keine von der ihrer Herren abweichende Meinung besitzen dürfen, daß es ihre Gutmüthigkeit und Geduld ausnützt, sie mit dem Leim des Katholizismus einfängt, um sie in dem für die Polen entscheidenden Augenblick in verrätherischer Weise zu verlassen? Sind die polnischen Abgeordneten endlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Unversämtheit der Deutschkatholiken glücklicherweise schon den Kulminationspunkt erlangt hat, wofür die dreisten Entrüstungsausdrücke der ganzen Presse, welche in Diensten des Zentrums steht, darüber, daß die polnische Fraktion es gewagt hat, am Freitag den Antrag des Zentrums, betreffend den Schluß der Diskussion über den Antrag der Opposition nicht zu unterstützen, der beste Beweis sind? Will die polnische Fraktion thatsächlich auf die äußerste Linke übertreten, wo lediglich der richtige Ort für die Repräsentanten des bedrückten polnischen Volkes ist?

Wir, die wir die polnischen Abgeordneten kennen, glauben nicht hieran, weil wir wissen, daß diese konservativ bis auf die Knochen sind, weil wir ferner wissen, daß sie weiter den rechten Flügel des Zentrums bilden wollen, wo sie nur die Hand auszustrecken brauchen, um die Hand der Regierungsparteiler und der Junker, dieser rasenden Feinde von Allem, was polnischen Geist athmet, zu drücken, daß sie sich und die ganze polnische Nation auf diese Weise vor Europa eher lächerlich machen wollen, als einen Platz unter den wahren Abgeordneten des Volkes einzunehmen.

Wenn wir die Fraktion dazu auffordern, eine Schwenkung nach der äußersten Linken zu machen, so verstehen wir darunter nicht, daß sich die polnischen Abgeordneten rücksichtslos in die Arme der deutschen Volksparteiler und Sozialdemokraten werfen sollen, im Gegentheil: die erste Bedingung ist die nationale Selbstständigkeit, im Uebrigen aber können und müssen die Polen den „Feinden der Regierung“ die Hand reichen, um mit ihnen gemeinschaftlich gegen eine und dieselbe Uebermacht zu kämpfen. Dann würde die polnische Fraktion, diese unsere höchste nationale Instanz nationale Politik treiben.

Polnische Abgeordnete! Vielleicht ist es noch Zeit, die Stimme des polnischen Volkes zu hören, aber es wird thatsächlich bald die Zeit herangekommen sein, wo euer Volk auf euch nicht mehr hören wird!

## Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 115 des *Dziennik Śląski*  
vom 20. Mai 1900:

### Ratibor.

In der Zeit vom 4. bis 6. Juni d. Js. wird in Ratibor eine Versammlung katholischer Lehrer stattfinden. Der Betreffende, der diese Versammlung bekanntmacht, erklärt, Ratibor sei schon seit langer Zeit der Stützpunkt deutscher Kultur gewesen, und sei ein Ort, von welchem der deutsche Gedanke, die deutschen Sitten und Gebräuche ausgingen. Dies ist



in Oberschlesien nichts Neues, denn es ist bekannt, daß als sich die schlesischen Fürsten entnationalisirt und germanisirt hatten, das Deutschtum den Städtern die Köpfe verdrehte und Tausende von Menschen, die aus alten polnischen Familien abstammen, noch heutzutage verwirrt sind. Die Entnationalisirung aber ist keine Tugend, sondern eine Sünde, denn sie ist ein Verrath der Gesellschaft gegenüber, aus welcher man hervorgegangen ist. Der vorgenannte Bericht habe somit nichts Schmeichelhaftes von den Germanisirten gesagt, wenn er behauptete, daß der Stützpunkt deutscher Kultur sich seit langer Zeit bei ihnen befunden habe. So schlimm ist es übrigens nicht. Ratibor hat vorwiegend polnische Bevölkerung, besitzt sogar eine polnische Zeitung, die Nowiny Raciborskie, die Gegend und der Kreis sind vollständig polnisch, zum Theil mährisch, also slavisch. Die Polen und die Mähren, also die Slaven, im Kreise Ratibor lassen sich nicht verdeutschern, auch wenn zehn Punkte deutscher Kultur dort vorhanden wären.

Aus Nr. 115 des Dziennik Slaski  
vom 20. Mai 1900:

**Betrifft den gegenseitigen Unterstützungsverein christlicher Arbeiter Oberschlesiens.**

Unseren Mitgliedern theilen wir mit, daß die Sekretäre in allen unseren Kanzleien (in Beuthen, Zabrze und Kattowitz) den ganzen Tag hindurch, Vor- und Nachmittags, arbeiten und für die Mitglieder alle Sachen unentgeltlich bearbeiten; es braucht nichts gezahlt zu werden. Wer in der Nähe von Kattowitz wohnt, der möge sich in das Bureau in Kattowitz begeben, wer näher an Beuthen oder Zabrze wohnt, möge dort hingehen, wo er es am nächsten hat. Unseren Mitgliedern und den Arbeitern aus Biskupitz, Vorfiswerk und der Umgegend theilen wir mit, daß an Stelle des verstorbenen Kassirers Kensa zwei neue Kassirer angestellt worden sind, und zwar für Vorfiswerk der Hüttenarbeiter Aug. Muchalla und für Biskupitz der Bergarbeiter Thomas Kanert; für die Ortschaften Kalina, Neu- und Unter-Hajduk ist August Gokmann angestellt, der in Kalina wohnt. Die Ortschaften Chechla bei Rudzinitz, Miezdrowitz, Wydy und Lonia haben Herrn Morawiec als Rendanten; an die neuernannten Kassirer mögen sie sich wenden, um dem Verein beizutreten und ihre Beiträge zu bezahlen.

Aus Nr. 116 des Dziennik Slaski  
vom 23. Mai 1900:

In Tichau haben bei der letzten Gemeindevertreterwahl die Katholiken, trotz des seitens der Andersgläubigen ausgeübten Druckes, einen vollständigen Sieg davongetragen. Die Letzteren wollen sich dadurch nicht abschrecken lassen und erneut einen Protest gegen diese Wahl erheben, um nur irgendwie zu siegen. Was ist das für ein Dünkel! Eine katholische Gemeinde wollen einige Andersgläubige regieren!

Aus Nr. 21 der Praca (Beiblatt zum Katolik)  
vom 22. Mai 1900:

**Aus Königshütte.**

Im vorigen Jahre sind die Kohlenpreise in den fiskalischen Gruben dreimal erhöht worden, bevor man die Arbeiter aufbesserte. Da aber die Kohlenpreise fortwährend stiegen, haben die Fabrikanten, Handwerker u. s. w., welche die Kohlen kaufen müssen,

die Preise für ihre Waaren ebenfalls erhöht. Meiner Ansicht nach geht daraus hervor, daß die Gruben nicht den Arbeitern, sondern den Fabrikanten, von welchen die Arbeiter ihre Waaren entnehmen, den Verdienst erhöht haben. Es sieht dies beinahe so aus, als wollten sie ihnen für die höheren Kohlenpreise durch die Hände der Arbeiter eine Entschädigung gewähren, die Arbeiter aber leiden, soviel ich das aus eigener Erfahrung weiß, noch größere Noth, wie früher. Bei den Arbeitern hat sich der Verdienst nicht in dem Verhältnisse erhöht, wie die Waaren und Lebensmittel theurer geworden sind. Die Arbeiter hätten erst dann einen wirklichen Vortheil davon, wenn die Kohle nicht theurer würde, wenn für alle Waaren gewöhnliche Preise wären, und der Verdienst der Arbeiter stiege. Jetzt ist aber gerade das Gegentheil geschehen, denn der Preis für den Zentner Kohle ist um 5 Pf. gestiegen, wir hören aber von keiner Seite, daß der Arbeitsverdienst irgendwo aufge bessert worden wäre. Ich frage daher den Fiskus und die Herren Grubenbesitzer in Schlesien, ob eine derartige Ausnutzung der Arbeiterbeschäftigung zum eigenen Vortheil sich auf Nächstenliebe stützt, ob sie christlich ist?

**Aus Zabrze.**

In Nr. 19 der Praca habe ich gelesen, daß der Präsident des Reichsversicherungsamtes Gabel aus Berlin der fiskalischen Grube in Zabrze einen Besuch abgestattet hat. Soviel ich in Erfahrung gebracht habe, besichtigte er mit dem Berggrath Hilger und noch einigen anderen Beamten einen Feiler, auf welchem zwei Tage vorher die Arbeit eingestellt wurde und der in Folge dessen gut gelüftet und wie eine Frühlingsgöttin ausgeschmückt war. Auf andere Stellen, wo die Arbeiter und Auslader beschäftigt werden und dabei schwitzen, daß sie auch nicht einen trockenen Faden am Leibe haben und nach beendeter Arbeit ihre Hemden und Beinkleider vom Schweiß auswinden müssen, wurde er leider nicht hingeführt. Solche Stellen möge er besuchen und er wird sehen, wie die Arbeit aussieht! dann waren die Herren mit dem Präsidenten im Pferdestall, welcher ebenfalls gehörig in den Stand gesetzt worden war. Sie besichtigten auch die Maschine, die nicht in Betrieb gesetzt war, sie war schon einen Monat vorher gereinigt worden. Die Herren haben Alles vorher so ausgeschmückt, wie das die Arbeitgeber überall zu thun pflegen, wenn sie vorher wissen, daß Jemand kommen wird, der zum Vergnügen und der Wissenschaft wegen sich die Sache ansehen will. Anders verhält sich die Sache, wenn Jemand unverhofft kommt. Möge er dann sehen und den Arbeiter fragen, was ihm fehlt und wie es ihm geht, dann wird eine ganz andere Wahrheit zum Vorschein kommen. Gott sei es geklagt. Gegenwärtig herrschen, meiner Ansicht nach, dieselben Zustände, wie zur Zeit des Berggraths Möcke, als der große Streik ausgebrochen war, so daß sie sogar das Militär kommen lassen mußten. Die Verhältnisse liegen jetzt ebenso. Wir wissen nicht, ob wir die achttündige Schicht erleben werden, die wir sehnächtig erwarten. Möchte sie sobald wie möglich eingeführt werden, denn wir haben sie bei der großen Kraftanstrengung durchaus nöthig. Wann werden wir wohl unsere berechtigten christlichen Forderungen erhalten?

**Aus Wirek.**

Die Generalversammlung unserer Hüttenknappschafft findet am Mittwoch, den 30. Mai, Vormittags 11 Uhr, im Speisesaale der Lazahütte bei Radzionkow statt. Die Grubenverwaltung wird den Jahresbericht vorlegen, es wird eine Vorstandswahl stattfinden und demnächst eine Aenderung der Satzungen vorgenommen werden, über die bereits im vorigen Jahre berathen



wurde. Eine solche Tagesordnung haben wir aus einer deutschen Zeitung erfahren. Brüder! wir wollen hingehen und aus unserer Mitte tüchtige Leute wählen, damit sie uns gut vertreten. Ihr wisst recht gut, daß in dieser Sache bereits in Wirtel Versammlungen stattgefunden haben. Es wäre wünschenswerth, wenn wir uns beizeiten mit unseren Mitbrüdern aus Lazahütte, Hugohütte u. s. w. verständigten, damit Einigkeit und Eintracht herrschten. Wenn wir nicht selbst für uns und unsere Sache sorgen, wer soll das sonst für uns und unsere Sache vertreten und uns in Schutz nehmen? Brüder! Ihr wisst ja, daß die Hüttenknappschaft oder die Invalidenkasse eine wichtige Kasse ist, agitiert deshalb, damit wir zu unseren Vertretern nur die tüchtigsten und unerschrockensten Kameraden wählen.

Aus Paruschowik.

Herr Obergeringieur Ernst erkundigt sich, wer zu dem Streik zugeredet hat. Er hat drei in Verdacht und er hat sein Wort, daß er es ihnen anstreichen werde, gehalten, denn er versetzte sie in eine geringere Lohnklasse. Jeder kann es jedoch bezeugen, daß die Arbeiter unschuldig leiden. Trotzdem hört er nicht auf, die Sache weiter zu verfolgen, um durchaus den Hauptschuldigen zu ermitteln. Nach beendeter Schicht ließ der Werkmeister Herr Schmitz uns antreten, um uns eine kluge Predigt zu halten, doch war sie so, wie für kleine Kinder. Er sagte uns, streiken sei nicht erlaubt. Wenn wir etwas wollten, sollten wir es ihm melden, er würde dann wieder unsere Wünsche oben zur Sprache bringen. Er sagte ferner, daß darunter auch Andere, vielleicht Unschuldige leiden müßten, wir selbst aber keinen Vortheil davon hätten. Er erklärte auch, daß wenn Jemand seine Papiere ausgehändigt erhielte, er niemals mehr in einem Blechwalzwerk Arbeit erhielte.

(Die Arbeiter müssen ebenfalls an die Anlegung eines „schwarzen Buches für die Arbeitgeber“ denken. Dies würde gelingen, wenn Bildung und Einigkeit herrschten. Wer hier keine Arbeit erhielte, könnte sie jenseits der nächstgelegenen Grenze suchen. Dort würde man ihn mit Vergnügen annehmen, wenn er seine Arbeit versteht und ein tüchtiger Arbeiter ist. Redaktion.)

Er behauptete ferner, wir verdienten drei, auch vier Mark auf die Schicht, während andere für 1,60 Mark arbeiteten und doch auskommen müßten. Zum Schluß sagte er, daß dies niemals vorkommen möge. Sollen wir so arbeiten, wie man uns befiehlt und nehmen, was man uns giebt? Niemand hat ihm auf diese Rede etwas erwidert, denn Jeder hatte Angst etwas zu sagen, damit er nicht als Führer und Organisator des Streiks angesehen werde. Unsere Arbeit ist eine so schwere, daß ich nicht glaube, Jemand könnte dabei zehn Jahre aushalten. Und man will uns nur so viel geben, daß wir uns kaum davon ernähren können! Wie soll es da später werden, wenn wir nicht mehr werden arbeiten können? Wir besitzen ja hier keine Invalidenkasse, obwohl der Verdienst nach Millionen zählt.

Aus Nr. 111 der Nowa Reforma  
vom 16. Mai 1900:

Posen, den 12. Mai.

Man reißt uns den Grund und Boden geradezu unter den Füßen fort.

Die für deutsche Ansiedelungszwecke neu bewilligten Millionen haben einen neuen Paroxysmus der Uebergabe polnisches Landes an Deutsche hervorgerufen. Von überall her gelangen traurige tiefergreifende Nachrichten an uns über Verhandlungen, welche zwischen polnischen Bürgern und der Ansiedelungskommission oder dieser vorgeschobenen Privatpersonen schweben. Die hiesige Presse schlägt mit

kräftiger Stimme Alarm und brandmarkt die „Kolonisatoren“ als Verräther der nationalen Sache, wobei sie das bürgerliche Gewissen zu wecken trachtet. Leider hilft das nichts!

Augenscheinlich sind hier nicht nur allein die Nachlässigkeit, der Leichtsinne und der Mangel an Nationalbewußtsein bei dem „kolonisierenden“ Adel die entscheidenden Faktoren, sondern die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, in welchen wir leben, welche öfters stärker sind, als der Wille einzelner Personen, und der sich gegenwärtig überall zeigende Prozeß der Zerstückelung des größeren Grundbesitzes. Das erklärt allerdings nur die traurige Erscheinung, ohne die Schuldigen zu rechtfertigen. Es läßt sich leider nicht bestreiten, daß die Versuchung, welche darin liegt, leicht Geld zu erwerben, schwachen und demoralisirten Personen gegenüber eine wichtige Rolle spielt und die Schwankenden manchmal zum moralischen Untergang bringt.

Thatsache ist, daß seit einiger Zeit immer häufiger, gleichsam wie ein Blitz, die Nachricht auftaucht, daß das oder jenes polnische Gut verkauft worden ist. Wir haben uns von dem Eindruck noch nicht erholt, welchen der Verkauf von Padniowo durch Herrn Rozanski gemacht hat, und schon wieder gelangt aus Briesen die Mittheilung an uns, daß Herr Wojnowski der Ansiedelungskommission das Gut Braunsrode verkauft hat, welches ungefähr 1400 Morgen umfaßt.

Indem ich diese unangenehme und für die Gesamtheit betrübende Thatsache konstatire, muß ich bemerken, daß Braunsrode sich über 100 Jahr lang in deutschem Besitz befunden hat, Herr Wojnowski hat es erst vor einigen Jahren von einem Juden gekauft und zwar ziemlich theuer. Das Gut erforderte bedeutende Verbesserung; Herr Wojnowski, ein junger Mensch, welcher als guter Pole und tüchtiger Landwirth bekannt ist, hat durch emsige Arbeit das Gut bedeutend verbessert. Er beharrte indessen bei seiner Aufgabe nicht und trat von seinem Posten zurück. Die ihm bisher stets zugethane öffentliche Meinung erwartet, daß er, als sehr erfahrener und eifriger Landwirth, wenigstens zum Theil wieder Alles gutmachen, und ein anderes Gut in der Heimath vielleicht aus deutschen Händen kaufen wird.

Trotz dieser Milderungsgründe, welche in der örtlichen Presse zur Rechtfertigung des Herrn Wojnowski angeführt worden sind, müssen wir den Verkauf von Braunsrode dennoch verurtheilen und ihn für eine schlechte Handlungsweise erklären, wenn auch nur deshalb, weil er unter unseren gegenwärtigen Existenzbedingungen für viele Andere ein demoralisierendes Beispiel gewährt.

Ein jeder solcher Verkauf stellt eine umso empfindlichere nationale Niederlage dar, als dies nicht nur einzelnstehende, nur vereinzelt zu Tage tretende Thatsachen sind. Zur Schande unserer moralischen Schwäche und der materiellen Werthlosigkeit unserer Gesamtheit, geht der polnische Grund und Boden systematisch und konsequent in deutsche Hände über. Insbesondere in der Briesener Gegend sind in den letzten dreißig Jahren die Güter Sosnowko, Trzciank, Zarkon und Ostrowo in deutsche Hände übergegangen. Wenn das so weiter geht, werden wir mit der Zeit nur in kleinen Gruppen in den Städten zerstreut in Mitten der geschlossenen deutschen Besitzungen vegetiren! Wann werden wir einmal zum Nachdenken kommen? Wann wird unsere Gesamtheit sich gegen diese Theilungspläne energisch aufraffen und eine erfolgreiche Rettungssaktion unternehmen?

Man entäußert uns unseres Landes, man entreißt uns unsere Muttersprache. Die Agitation unserer Feinde gegen die polnische Sprache in den Schulen nimmt eine ungewöhnliche Ausdehnung an. Der nach dem Besuch von Posen an die Posener Regierung gerichtete Erlaß des Ministers Studt in



Sachen der unzulänglichen Resultate im deutschen Sprachunterricht in unseren Volksschulen hat das ganze hafatistische Lager in Aufruhr versetzt. In der Reihe der Aufbeher befanden sich die liberal-hafatistisch-jüdische Posener Zeitung und das ihr nahe verwandte Berliner Tageblatt, ferner die national-liberale Preussische Lehrerzeitung und endlich die chauvinistisch antisemitische Deutsche Zeitung. Alle diese dringen wie auf ein gegebenes Signal auf die übriggebliebenen Reste des polnischen Sprachunterrichts in den Volksschulen ein, und verlangen ebenso die Beseitigung des fakultativen polnischen Sprachunterrichts, als auch des polnischen Religionsunterrichts wenigstens auf der Ober- und Mittelstufe. Eins dieser hafatistischen Blätter hat auch verrathen, daß die Konferenz der Schulräthe, welche bei der Posener Regierung nach dem Besuch des Kultusministers Studt stattgefunden hat, sich im Prinzip für die Beseitigung des polnischen Religionsunterrichts auf den Mittel- und Oberstufen der Volksschulen ausgesprochen hat. Die Hafatisten bedauern nur, daß der Minister sich die Entscheidung für später vorbehalten hat, anstatt von diesem verständigen und erfreulichen „Rath“ sofort Gebrauch zu machen!

Der Hafatismus terrorisirt die öffentliche Meinung, terrorisirt auch den Kultusminister, welcher nicht mehr den Muth besitzt, sich nach dem gesunden Menschenverstand und der eigenen unabhängigen Meinung zu richten. Die Ausrottung der Reste des Polenthums aus der Schule ist heute Losungswort für die hafatistischen Blätter geworden; um diese Bestrebungen im Fluß zu erhalten, trachtet man nach den ungereimtesten Argumenten, über welche des Weiteren sich auszulassen sich nicht verlohnt, denn wozu soll man Blinden von Farben erzählen? Man

muß deshalb geduldig abwarten, bis sich dieser chauvinistische Wahn an der eigenen Albernheit zerschlägt, unterdessen muß man seine Pflicht thun, die Kinder in ihrer Muttersprache unterrichten und aus dem häuslichen Heerd eine uneinnehmbare Festung des Polenthums machen! Schule und Elternhaus müssen sich unter normalen Verhältnissen gegenseitig in dem Streben nach Aufklärung und der Erziehung der Jugend unterstützen. Bei uns haben die preussischen Verhältnisse zwischen der Schule und dem Elternhause eine so große Kluft geschaffen, daß von einem Zusammenwirken dieser beiden Faktoren nicht die Rede sein kann. Hiergegen helfen weder Konferenzen der Schulbehörden, noch die gleichnerischen Worte der Ministerialerlasse.

In der Praxis erschweren es die Schulbehörden auch so schon auf alle nur mögliche Weise den polnischen Kindern aus dem von dem Minister Boffe zugelassenen fakultativen polnischen Sprachunterricht Nutzen zu ziehen. Dafür dient ein neues Beispiel. Der hiesige Bürger Johann Hoffmann hat an den Rektor eine Eingabe gerichtet, damit seine Kinder Franz, Josef und Sophie polnischen Schreib- und Leseunterricht erhalten und daß ihnen auch der Religionsunterricht in polnischer Sprache ertheilt werde. Der Rektor wies die Eingabe zurück, indem er die Kinder auf Grund des deutschen Klanges ihres Namens als Deutsche erklärte. Ist das nicht Eigenwille? Wohl die ganze zivilisirte Welt erkennt einstimmig mit gesundem Menschenverstand den Grundsatz an, daß über die Nationalität ihrer Kinder lediglich deren Eltern zu entscheiden haben und nicht besoldete Staatsbeamte. — Gegen einen solchen Eigenwillen müssen die Eltern protestiren, und zwar bis hinauf zu den höchsten Instanzen! Das wird auch sicher der betreffende Herr Hoffmann thun.